

AUSGABE 13 · 36. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 30.11.2005

Kopftuch

S. 5

Das Schulgesetz soll islamischen Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuchs im Unterricht untersagen.



Fleischskandal

S. 12

Der deutsche Bauernverband spricht von einer Mafia, der Minister fordert die ganze Härte für kriminelles Handeln: Der Fleischskandal von Gelsenkirchen zieht weite Kreise. Die Verbraucher sind zutiefst verunsichert.

Zulassung

S. 15

Obwohl sie es dürften, suchen sich immer noch sehr wenige Hochschulen ihre Studenten aus. Wenn sie es eines Tages tun, stellt sich die Frage: Wohin mit der ZVS, abschaffen oder umgestalten? Ein Expertengespräch.

Stau

S. 17

Autofahrer dürfen auf der Autobahn nur wenden, wenn die Polizei dies anordnet und den Vorgang überwacht. Nach Veröffentlichungen über eine Pressekonferenz des Innenministers gab es Verwirrung. Klarstellung im Ausschuss.

Manchem geht in diesen Wochen beim Lesen der Stromrechnung ein Licht auf: Energie ist teuer geworden. Es lohnt sich wie noch nie, Energie zu sparen. Das gilt für „den kleinen Mann“ wie für Großunternehmen: Für sie rechnet es sich, alte Kraftwerke zu modernisieren oder zu ersetzen. Der Privatmann verbessert die Wärmedämmung oder baut eine neue Heizung ein. Das alles löst Investitionen aus und sichert Arbeitsplätze. Billiger werden Strom und Gas in absehbarer Zeit nicht, zu groß ist weltweit die Nachfrage. Für das Energieland Nordrhein-Westfalen liegen darin Herausforderungen und Chancen: Bewährte Technologien optimieren, neue erforschen und in die erneuerbaren Energien investieren. Energiefragen stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe (Seiten 9 bis 11).

Foto: Schälte

Das Energieland NRW auf dem Weg in die Zukunft

Kardinal von Galen

Er kam aus einer alten westfälischen Adelsfamilie, verlebte eine behütete Kindheit im Oldenburger Münsterland und legte sich mit den Nationalsozialisten an: Clemens August Kardinal von Galen, im Volksmund als der „Löwe von Münster“ bekannt, trat mutig für die Menschenrechte ein und ist als herausragender Glaubenszeuge des 20. Jahrhunderts bis heute in Deutschland und darüber hinaus lebendig geblieben. Seine Religiosität, sein gesellschaftliches Engagement und seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus von ihren Anfängen in den ersten Amtsjahren nach der Bischofswahl 1933 bis hin zu den drei weltberühmten Predigten im Sommer 1941 zeigt eine Ausstellung im Landtag (Seite 20).



Inhalt

Inhalt/Editorial	2
NRW – weiter unter den Pisa-Verlierern	3
<i>Engagierte Debatte über bildungspolitische Vorhaben und Versäumnisse</i>	
Standortgarantie – ja oder nein?	4
<i>Abgeordnete verlangen Aufschluss über künftige Hochschulpolitik</i>	
Kopftuch spaltet den Landtag	5
<i>Diskussion über Gesetzentwurf der Koalition</i>	
Französische Verhältnisse – auch bei uns?	6
<i>Landtag debattiert über Gelingen und Misslingen von Integration</i>	
Bund will sich entlasten	7
<i>Landtag wehrt sich gegen neue finanzielle Bürden für die Kommunen</i>	
Chemieindustrie atmet auf	8
<i>Landtag zieht Schlussstrich nach jahrelanger Diskussion über „REACH“</i>	
Voller Energie in die Zukunft	9
<i>Neben die Kohle treten andere Energieträger in die Stromerzeugung</i>	
Auf die richtige Mischung kommt es an	10 – 11
<i>Interviews mit den energiepolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
Krimineller Handel mit „Fleischmüll“	12
<i>Lebensmittelskandal als heiß diskutiertes Thema im Ausschuss</i>	
Politik und ihre Handlungsfähigkeit	13
<i>Heftige Debatte über den Zweiten Nachtrag zum Haushalt 2005</i>	
Geld auch ohne Beratungsschein	14
<i>Katholische Schwangerschaftsberatung ist künftig wieder zu fördern</i>	
Wer vergibt die Studienplätze?	15
<i>Pro und contra ZVS – Experten nahmen Stellung</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Streit um Staumanagement-Konzept	17
<i>Eigenmächtiges Wenden auf Autobahnen ist und bleibt verboten</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	19
FCL auch in Wuppertal nicht zu stoppen	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Energiepreise als Aufschwungbremse?

In Norddeutschland macht ein Konzern zwei Aluminiumwerke dicht mit der Begründung, der Strompreis sei zu hoch. Die Industrie fürchtet inzwischen wegen der Energiepreise um den Standort Deutschland.

Die Manager der Energieriesen ihrerseits sehen sich als „Prügelknaben“. Die Gerichte zwingen sie zur Offenlegung ihrer Kalkulationen bei Gas. Privatleute behalten einen Teil ihrer Verbrauchsrechnungen ein. Energie ist begehrt. Die Reserven sind endlich, die Nachfrage wächst gewaltig: Die Preise steigen. So funktioniert der Markt.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland beim Strom ein Hochpreisland. Das NRW-Landesamt für Statistik hat ermittelt, dass im Oktober die Preise für Haushaltsenergien im Vergleich zum Vorjahr um 14,2 Prozent gestiegen sind – bei einer allgemeinen Teuerungsrate von 2,3 Prozent.

Wenn Anfang des Jahres den Haushalten von den Stadtwerken die Jahresstromrechnung ins Haus flattert, dann wird sich mancher ärgern und wundern. Der Wirtschaftsministerin des Landes liegen derzeit schon wieder neue Anträge auf Strompreiserhöhungen vor. Sie hat versprochen, sie nicht einfach nur „durchzuwinken“.

KONKURRENZ

Wie kann die Preisspirale auf ihrem Weg nach oben verlangsamt werden? Hier kommt der nordrhein-westfälische Weg ins Spiel. Weil Konkurrenz das Geschäft belebt, werden zwei hochmoderne Kraftwerke auf Gasbasis gebaut. Der alte Kraftwerkspark wird nicht nur im Braunkohlegebiet mit Milliardenaufwand modernisiert und im Wirkungsgrad gesteigert. In NRW wird fortschrittliche Kraftwerkstechnologie erforscht, erprobt, gebaut und exportiert.

Es wird in erneuerbare Energien investiert. So ist zwischen Rhein und Weser die Windkraft ausgebaut worden. Die Bürger haben sich oft genug über die rotierenden Mühlen in der Landschaft beklagt. Die neue Regierungskoalition zeigt sich entschlossen, Wildwuchs entgegenzutreten. Der Strom aus erneuerbaren Energien trägt derzeit nur zu einem geringen Anteil zur Stromerzeugung bei. Aber diese geringe Menge reicht schon, die Fieberkurve der Strompreise zu dämpfen. Wenn der Wetterbericht für Deutschland starke Luftbewegungen voraussagt (und damit die Windräder in Schwung bringt), fallen prompt die Preise an der Leipziger Strombörse. Alles nur ein laues Lüftchen? Man wird sehen. **JK**

NRW – weiter unter den Pisa-Verlierern

Engagierte Debatte über bildungspolitische Vorhaben und Versäumnisse

Die wissenschaftlichen Überprüfungen des Kenntnisstandes deutscher Schülerinnen und Schüler durch Pisa-Studien zeigen erheblichen Nachholbedarf für Nordrhein-Westfalen. Die aktuelle Strichprobe des Jahres 2005 war für CDU und FDP Anlass, alte Verantwortlichkeiten aufzuzeigen und den neuen Handlungsrahmen der Landesregierung zu umreißen. Das geschah Anfang des Monats in der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde unter dem Motto „NRW im Pisa-Bundesländervergleich weiter abgerutscht – Neustart in der Bildungspolitik unverzichtbar“.

Bernhard Recker (CDU) sah die Bildungspolitik der neuen Landesregierung durch die neuste Pisa-Erhebung mehr als bestätigt. Die aktuelle Stichprobe zeige für das Land eine weitere Verschlechterung auf. Das wertete der Abgeordnete als Bankrotterklärung für die alte

Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien besser werden. Wir müssen noch mehr Standards setzen und deren Einhaltung kontrollieren, um mehr Offenheit und Vergleichbarkeit zu erreichen.“ Aber man müsse die Studie

Wenn nordrhein-westfälische Schüler ein Jahr hinter bayerischen zurücklägen, dann liege das nicht an einer irgendwie ungleichmäßig verteilten Intelligenz, sondern am bisherigen Bildungssystem des Landes. Witzel: „Heute rächen sich die Ergebnisse jahrelanger rot-grüner Kuschelpädagogik und des Leistungsabbaus.“

Sigrid Beer (GRÜNE) schloss aus Pisa, dass Leistung und Chancengleichheit zwei Seiten einer Medaille seien, die gemeinsam zu realisieren sind. Niemand komme bei der Ursachenforschung an der Erkenntnis vorbei, „dass innere und äußere Schulreformen, also Unterrichts- und Strukturentwicklung, Hand in Hand gehen müssen“. Nur so könne eine Kompetenzentwicklung stattfinden, die den Schülerinnen und Schülern die soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe verschaffe. Das Schulsystem müsse umgestaltet werden, um



Bernhard Recker (CDU)

Ute Schäfer (SPD)

Ralf Witzel (FDP)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Schulministerin Barbara Sommer (CDU)

Fotos: Schälte

Landesregierung. Der seien in ihrer Bildungspolitik Begriffe wie Leistung, Disziplin und Erziehung tabu gewesen. Auch nach 39 Jahren SPD-Verantwortung hingen in keinem anderen Land die Bildungschancen so von der sozialen Herkunft ab wie in NRW: „Als Sozialdemokrat würde ich mich dafür schämen.“ Dagegen die neue Landesregierung: Sie Sorge für mehr Unterricht und für Abbau des massiven Unterrichtsausfalls. Sie bringe mehr Qualität in die Schulen und gehe das Problem der mangelnden Sprachfähigkeit von Kindern nachdrücklich an.

Ute Schäfer (SPD) betonte, niemand wolle die Ergebnisse schönreden: „Wir müssen die Leistungen in unserem Schulsystem in Nordrhein-Westfalen insgesamt verbessern. Wir müssen für mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen. Wir müssen bei der

genau lesen und sie nicht als „Steinbruch“ benutzen, um sich die passenden Brocken herauszubereiten. Gerade habe die Schulministerin einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt – mit allerhand Maßnahmen und Ankündigungen. Aber man werde erst einmal abwarten, was sich konkret dahinter verbirgt und ob Gelder dafür im neuen Landeshaushalt vorgesehen sind.

Ralf Witzel (FDP) meinte, die Ergebnisse zeigten die Verantwortung von Rot und Grün. „Der Wiederaufbau von Bildungsqualität ist und bleibt deshalb die Herkulesaufgabe der neuen Landesregierung.“ Und weiter: „Wir werden alle notwendigen Reformen, die unser Bildungssystem wieder nach vorne bringen, beherrscht in Angriff nehmen.“ Leistung statt Herkunft müsse künftig den Bildungserfolg bestimmen. Deshalb werde man im Bildungsbereich konsequent auf Wettbewerb setzen.

dessen „organisierte Verantwortungslosigkeit“ und „Entsorgungsmentalität“ zu beenden, die in der Gliederung des Systems begründet liege.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) bedauerte, dass NRW in Mathematik, Lesen und den Naturwissenschaften nur auf den hinteren Rängen gelandet sei, während der deutsche Pisa-Sieger Bayern „in allen untersuchten Kompetenzbereichen in die internationale Spitzengruppe vorrücken konnte“. Die Ministerin: „Nordrhein-Westfalen gehört zu den Pisa-Verlierern.“ Weil die Kinder hierzulande aber nicht dümmer seien, „stellen die aktuellen Ergebnisse ein katastrophales Abschlusszeugnis der alten Landesregierung dar“. Das Land habe jetzt eine Aufholjagd vor sich, 2009 würden die Erfolge deutlich erkennbar sein, sagte sie voraus. Für den Neustart im Land habe man ein Programm aufgestellt. Der Verlust an Zukunftsperspektive für die junge Generation müsse beendet werden. 🗣️

Standortgarantie – ja oder nein?

Abgeordnete verlangen Aufschluss über künftige Hochschulpolitik

Aufschluss über die Pläne der neuen Regierung in der Hochschulpolitik des Landes hat die SPD verlangt. Nur so sei es der Opposition möglich, rechtzeitig tätig zu werden. „Geduld“ mahnte ein Sprecher der Koalition an. Der SPD-Antrag „Profilbildung fortführen – Hochschulstandorte sichern“ (Drs. 14/581 neu) wurde einstimmig nach kontroverser Diskussion an den Wissenschaftsausschuss zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesen.



Karl Schultheis (SPD)

Karl Schultheis (SPD) warnte die Koalition davor, beim Hochschulzugang weitere direkte und indirekte Hürden aufzubauen. Das schade nachhaltig dem Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Es sei weiterhin notwendig, die Qualität von Forschung und Lehre durch Profilbildung zu stärken – auch durch Wettbewerb um Studierende, Drittmittel, Lehrende und Forschende. Zum Wettbewerb hätten Konzentration und Kooperation zu treten. Profilbildung benötige Zeit und Verlässlichkeit. Beides garantiere das Hochschulkonzept 2010, das die alte Landesregierung vorgelegt habe und das die neue Landesregierung jetzt zu verlassen sich anschicke. Das schade dem Hochschulstandort. Darum die Forderungen der SPD: Das Prinzip der regionalisierten Strukturpolitik und die Standortgarantie für Hochschulen aufrechterhalten und die Profilbildung weiter unterstützen, die leistungsorientierte Mittelvergabe nicht undifferenziert vornehmen und die Kappungsgrenzen beizubehalten.

Manfred Kuhmichel (CDU) beruhigte mit den Worten „Sorgt euch nicht, denn es wird alles gut.“ Der Abgeordnete weiter: Was gut war, werde weitergeführt, „aber das, was schlecht war, machen wir besser“. Es gebe derzeit keinen Anlass, über irgendeinen Standort kritisch nachzudenken, fuhr er fort und gab zu bedenken, dass ein ehrlicher Wettbewerb

Fotos: Schälte

Manfred Kuhmichel (CDU)

mit einer uneingeschränkten Standortgarantie überhaupt nicht vereinbar sei. Bei dieser „Leier“ sollte die SPD den untauglichen Versuch unterlassen, „unverantwortliche Drohkulissen aufzubauen“.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) meinte zu dem Antrag, er biete der neuen Landesregierung die Gelegenheit, noch einmal deutlich zu machen, „was sie an vernünftiger Hochschulpolitik der vorherigen Regierung weiterführen könnte und sollte“. In diesem Abstimmungsprozess bilde das Hochschulkonzept 2010 einen wesentlichen Orientierungspunkt. Wenn dieser verlässliche Rahmen nur an einzelnen Stellen einseitig und aus bloßem Aktionismus verlassen werde, ohne dass die neue Koalition erkläre, wo es konkret hingehen solle, „dann ist das sicherlich sehr problematisch“. Vesper erinnerte daran, welche enorme Bedeutung eine Hochschule für Wirtschaft, Innovationen und Arbeitsplätze einer Region hat. Mit dieser Bedeutung dürfe man nicht „spielen“.

Christian Lindner (FDP) kritisierte, Hochschulkonzept und Qualitätspakt seien von der alten Regierung zu quantitativ ausgelegt worden. Das aber sei nicht allein geeignet, eine leistungsfähige Hochschullandschaft zu entwickeln. Die Profilbildung sollte qualitätsorientiert erfolgen. Lindner: „Wir wollen Stärken stärken.“ Zwischen regionalen Strukturinteressen und den Belangen des Hochschulwesens sei eine Balance herzustellen. Hochschulpolitik



Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

allerdings unter regionalen Gesichtspunkten betreiben zu wollen, sei nicht Sache der Koalition: „Wir wollen Hochschulpolitik machen, die sich an Ausbildungszielen und an der Exzellenz der Forschung orientiert, auch wenn das bedeutet, dass man nicht eine Bestandsgarantie für jeden Fachbereich und für jeden Standort prinzipiell aussprechen kann.“

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) formulierte als gemeinsames Interesse, „dass wir aus der dichtesten Hochschullandschaft Stück für Stück die beste Hochschullandschaft in Europa machen“. Er sehe keinen Hochschulstandort im Lande gefährdet, „halte es aber gerade deshalb weder für notwendig noch für sinnvoll, eine Bestandsgarantie auszusprechen, sondern deutlich zu machen: Wir fordern unsere Hochschulen, aber wir fördern sie auch, damit sie das Ziel im Interesse unseres Landes erreichen können, besser zu werden“. Das Hochschulkonzept werde weiterentwickelt, die verabschiedete und befristete Kappungsgrenze



Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

spätestens 2006 dynamisiert. Die Gespräche mit den Hochschulen über die leistungsorientierte Mittelvergabe würden im nächsten Jahr „zu einem guten Abschluss führen“, betonte der Minister.



Christian Lindner (FDP)

Kopftuch spaltet den Landtag

Diskussion über Gesetzentwurf der Koalition

„Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land NRW“ – hinter diesem bürokratisch klingenden Titel verbirgt sich der Gesetzentwurf von CDU und FDP (Drs. 14/569) zur Einführung eines Kopftuchverbots für Lehrerinnen an nordrhein-westfälischen Schulen, über den der Landtag am 9. November in erster Lesung beriet. Während Schwarz-Gelb im Tragen von Kopftüchern einen Verstoß gegen die Verpflichtung der Lehrkräfte zu weltanschaulicher, religiöser und politischer Neutralität sieht, lehnen SPD und Grüne den Gesetzentwurf als integrationspolitischen Rückschritt ab.

Sachverständige – und vielleicht betroffene – Zuhörerinnen: Semra und Sümeyya, zwei Studentinnen aus Düsseldorf, verfolgen von der Besuchertribüne aus die Debatte über das von der Koalition angestrebte Kopftuchverbot für Lehrerinnen.

Foto: Schälte

Michael Solf (CDU) sprach von fraktionsübergreifender Einigkeit in der Frage, „dass wir an unseren Schulen Symbole, die als politisches Zeichen für eine mindere Stellung der Frau und gegen unsere Verfassungswerte gerichtet verstanden werden können, nicht wollen“. Während sich die alte Landesregierung „als Dienstherr aus der Verantwortung gestohlen“ habe, biete der vorgelegte Gesetzentwurf endlich Rechtssicherheit für Nordrhein-Westfalens Schulen.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, betonte, beim Kopftuchverbot für Lehrerinnen gehe es nicht darum, kulturelle wie religiöse Vielfalt einzuschränken. Der Staat habe jedoch die Pflicht sich einzumischen, „wenn fundamentalistische Haltungen an unseren Schulen Einzug halten“. Moslems seien eine „Bereicherung für unsere Gesellschaft“. Gleichzeitig müsse klar sein, „dass wir Parallelgesellschaften nicht dulden und dass wir ein klares Bekenntnis zu unserer Werteordnung verlangen“.

Wolfram Kuschke (SPD) wunderte sich über die erneute Debatte zu diesem Thema. Unter den 116.000 Lehrerinnen im Lande seien es derzeit gerade einmal 22, die im Unterricht ein Kopftuch tragen. Nach seinem Verständnis setze eine Gesetzesinitiative eine „gewisse Größenordnung“ eines Problems und „dringenden Handlungsbedarf“ voraus. Beides könne er nicht erkennen. Stattdessen führten CDU und FDP das Land „ohne Not auf ein verfassungsrechtlich außerordentlich bedenkliches Glatteis“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf Schwarz-Gelb vor, sie ignorierten mit ihrem Entwurf die „höchstrichterliche Rechtsprechung“, indem sie sich über „das Gebot der strikten Gleichbehandlung der verschiedenen Glaubensrichtungen“ hinwegsetzten. Dem Abgeordneten Papke warf sie zudem „Rechtspopulismus“ und „Isolationspolitik“ vor, da dieser „permanent einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Kopftuchträgerinnen, Ehrenmorden, Zwangsehen, Extremismus und Fundamentalismus zu suggerieren“ versuche. An Papke: „Merken Sie eigentlich nicht, dass Sie zündeln?“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) begrüßte den Gesetzentwurf: „Ich halte ihn für einen guten Beitrag, den Schulfrieden dauerhaft zu sichern“ und die „Voraussetzungen für die Tätigkeit als Lehrerin an unseren Schulen klar zu definieren“. Das ausschlaggebende Argument für ein Kopftuchverbot „war und ist die Mehrdeutigkeit des Kopftuches“. Nicht selten werde es als „deutliches Zeichen der Abgrenzung“ und somit als „politisches Symbol“ eingesetzt. Dabei sei weniger die Intention des Kopftuches für die Trägerin als vielmehr die Wirkung auf die Schülerinnen und Schüler von Bedeutung.

Ute Schäfer (SPD) mutmaßte, die FDP strebe mit ihrer Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf „nichts anderes als die laizistische Schule in NRW“ an. An die CDU: „Machen Sie sich nicht zum Erfüllungsgehilfen der FDP!“ Sonst

laufe man Gefahr, sämtliche religiösen Symbole, also auch die christlichen und jüdischen, aus den nordrhein-westfälischen Schulen zu verbannen. „Ich kann nur mahnen: Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück!“

Werner Jostmeier (CDU) thematisierte erneut die Bedeutung des Kopftuchs: Es sei nicht nur Kleidungsstück oder religiöses Symbol, sondern könne auch als „politisches Kampfsymbol verstanden werden“. Zudem sei es niemandem verständlich zu machen, „dass das Kopftuch in NRW gestattet sein soll, obwohl es in der Türkei verboten ist und dies vom Europäischen Gerichtshof als rechtmäßig bestätigt worden ist“.

Monika Düker (GRÜNE) bezeichnete die Debatte aus integrationspolitischer Sicht als eine „fatale Fehlentscheidung und als Rückschritt auf dem Weg zu einer Integration des Islams in unsere Gesellschaft“. Ziel von Integrationspolitik müsse es sein, den Islam „aus den Hinterhofmoscheen“ herauszuholen. Der vorgelegte Gesetzentwurf fördere hingegen eine Privatisierung von Religion.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) warnte davor, der Diskussion über das Kopftuchverbot zuviel Bedeutung beizumessen. Schließlich sei dies nicht der „Kernpunkt der Integrationspolitik“. Gleichzeitig warb er für Zustimmung zu dem Entwurf der Koalitionsfraktionen, um in dieser Frage endlich „klare Prinzipien“ festzuschreiben.



Französische Verhältnisse – auch bei uns?

Landtag debattiert über Gelingen und Misslingen von Integration

Vor dem Hintergrund von Unruhen in französischen Städten haben die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen eine Aktuelle Stunde zum Thema „Soziale Stadt ist unverzichtbar: Gegen Ghettobildung, für aktive Integration“ beantragt. Sprecher aller Fraktionen zeigten sich daran interessiert, dass bei uns die Integration gelingt. Sie waren zudem überwiegend optimistisch, dass es Anlass zu dieser Hoffnung gibt.

Horst Becker (GRÜNE) meinte unter Hinweis auf ein Zeitungszitat, wonach Unruhen auch in NRW drohten, nun seien alle gemeinsam gefordert, „dass wir in Zukunft nicht in eine solche Situation geraten“. Grundgedanke müsse sein, zu integrieren und nicht zu separieren. Das gelte sowohl für ressortübergreifende Ansätze in der Schul-, als auch in Wirtschafts-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik. Da sei die alte Regierung auf dem richtigen Weg gewesen, fand Becker und verlangte, wenn man seitens der Regierung die Integrationsbemühungen fortsetzen wolle, dann gehöre dazu, „dass wir den sozialen Wohnungsbau nicht kürzen oder einstampfen, sondern fortsetzen“. Dazu gehöre auch, „dass wir verantwortlich mit dem öffentlichen Wohnraum, der noch im Besitz des Landes und der LEG ist, umgehen und dass wir nicht leichtfertig eine Kündigungs-sperfristverordnung außer Kraft setzen“.

Bernd Schulte (CDU) meinte, wenn, wie eine Zeitung geschrieben habe, „Frankreich brennt“, dann könne uns das nicht gleichgültig sein: „Wenn das Haus des Nachbarn brennt, ist auch das eigene Haus gefährdet.“ Aber natürlich seien die Verhältnisse in den Vororten französischer Städte nicht mit der Situation in benachteiligten Quartieren in NRW vergleichbar, erklärte der Abgeordnete und verwies auf das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das sich hierzulande zu einem unverzichtbaren Instrument entwickelt

habe, „um den vorhandenen Missständen sowohl in städtebaulicher als auch in sozialer Hinsicht aktiv entgegenwirken zu können“. Dieses Programm müsse kontinuierlich verbessert werden und dürfe auch Sparzwängen nicht zum Opfer fallen. In NRW setze man auf Prävention, aber dieser Weg sei noch längst nicht zu Ende.

Britta Altenkamp (SPD) war ebenfalls der Meinung, dass es sich lohne, den Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ weiterzuführen. So würden Stadtteile stabilisiert, weil man sie nicht aufgeben, wie das im Nachbarland geschehen sei, sondern auf die Bürgerinnen und Bürger zugehe. Aus der Verantwortung für das eigene Wohnumfeld und durch das Gefühl, mitgestalten zu können, entstehe der Eindruck, ein Teil der Gesellschaft zu sein. Das gelte übrigens sowohl für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für die deutsche Bevölkerung. Bei der Weiterentwicklung sollte ressortübergreifend gearbeitet werden. Es sollte nicht zu sehr „in Steine“ investiert werden. Altenkamp: „Es geht ja nicht nur um Gebäude, sondern auch um die Verstärkung der Jugendarbeit.“

Christian Lindner (FDP) bedauerte, dass die Grünen „nicht zögern, Ängste zu schüren“. Lindner: „Deshalb muss Frankreich eine Warnung an uns sein, eine verbindlichere Integrationspolitik zu verfolgen, die sich um die Menschen, die zu uns kommen, kümmert und

die Verwirklichung ihrer Rechte im Auge hat, aber die auch die Pflichten der Zuwanderer formuliert.“ Die gemeinsame Integrations-offensive des Landtags aus dem Jahr 2001 enthalte viele gute Vorschläge, „leider hat sich die Vorgängerregierung dieser Vorschläge eher defensiv angenommen“.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) legte Wert auf die Feststellung, dass man in Deutschland trotz aller Rückschritte „nicht von einem Scheitern der Integrationspolitik sprechen kann“. Der grüne Antrag sei im Grundsatz richtig; Integration sei ernster zu nehmen. Denn wenn sie misslinge, „ist dies alles vergebliche Mühe“. Um dem entgegenzuwirken, sei eigens ein Ministerium gegründet worden – mit zahlreichen Fachabteilungen, denn Integration sei eine Querschnittsaufgabe. Schwerpunkt der Landesregierung sei die Sprachförderung: In Frankreich sei die Integration trotz der gleichen Sprache gescheitert – „bei uns würde sie ohne gemeinsame Sprache scheitern“. Der Minister dankte allen, die sich in der Integrationspolitik vor Ort engagieren: „Das ganze ehrenamtliche Engagement der Kirchen, Gemeinden und Kulturinitiativen, der Gewerkschaften und Stadtteilprojekte, Flüchtlingsinitiativen und Migrantenselbstorganisationen ist bei uns sehr ausgeprägt. Auch das ist einer der Gründe dafür, weshalb bei uns in Nordrhein-Westfalen weniger Potenzial für Gewalt da ist als in anderen Ländern.“



„Hilfe für die Ärmsten der Armen“ – das ist das Motto der diesjährigen Aktion Adveniat 2005. Sie komme da an, wie sie am dringendsten gebraucht wird, erklärte Landtagspräsidentin Regina van Dinther (L.) beim Besuch des Vorsitzenden der Brasilianischen Bischofskonferenz, Kardinal Geraldo Agnelo (2.v.l.), der in Begleitung von Weihbischof Franz Grave (2.v.r.) aus Essen im Landtag weilte. Brasilien steht in diesem Jahr im Mittelpunkt der Bischöflichen Aktion Adveniat, die am ersten Advent gestartet wird. Mit den Spenden werden das Gesundheitssystem verbessert und Bildungsmaßnahmen in diesem südamerikanischen Land unterstützt. – Adveniat mit dem Sitz in Essen fördert jährlich rund 4.200 Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 56 Millionen Euro. Damit ist Adveniat das größte Lateinamerika-Hilfswerk Europas. Mit auf dem Bild Vizepräsidentin Angela Freimuth (M.) und die Landtagsabgeordnete Ursula Mohnheim (r.).

Foto: Schälte

Bund will sich entlasten

Landtag wehrt sich gegen neue finanzielle Bürden für die Kommunen

Handwerkliche Fehler, so der Konsens, seien bei den Gesetzen zu Hartz IV gemacht worden. Wer soll sie ausbaden? Auf keinen Fall die Städte und Gemeinden und die Betroffenen, findet die GRÜNE-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 14/579). Deren finanzielle Lage sei schon angespannt genug. Der Bund dürfe sich gegebener Zusagen nicht entledigen, wie es der Gesetzentwurf der (alten) Bundesregierung vorsieht. Der Antrag der Grünen wurde abgelehnt, angenommen wurde dagegen der Entschließungsantrag der Koalition (Drs. 14/611).

Horst Becker (GRÜNE) unterstrich mit Nachdruck, dass es bei der verabredeten dauerhaften Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro bleiben muss. Wenn die gestrichen und für 2006 überhaupt kein Bundeszuschuss mehr fließen sollte, wie das geplant sei, dann wäre für 2006 flächendeckend mit kommunalen Nothaushalten zu rechnen. Wie Daten aus dem kommunalen Raum belegten, müsste angesichts der steigenden Wohnkosten, die von den Kommunen aufzubringen sind, der Bundeszuschuss eigentlich von bisher 29 auf über 34 Prozent und damit von 3,2 auf 4,1 Milliarden Euro steigen. Der Landtag sollte ein eindeutiges Signal an die neue Bundesregierung senden.

Rainer Lux (CDU) stellte fest, dass die Ausgangssituation zwischen beiden Parteien ziemlich einheitlich beurteilt werde. Allerdings gehe der Entschließungsantrag von CDU und FDP weiter, weil er fordere, bestimmte Mitnahmeeffekte auszuschließen. Die Grünen sprängen mit ihrem Antrag zu kurz: „Wir kritisieren nicht nur den Gesetzentwurf der noch amtierenden rot-grünen Bundesregierung, die darin die Beteiligung des Bundes an den Unterkunft- und Heizkosten der Kommunen nicht nur für 2005 und 2006 auf null setzt, sondern für 2005 auch noch die Rückzahlung fordert, sondern wir sagen auch: Die Berechnungsgrundlagen für die vereinbarte Revision, die ab 1. Januar laufen sollte, müssen verändert und auf die tatsächliche Situation abgestimmt sein.“ Das heiße, dass die Berechnungen der Kommunen zugrunde zu legen seien.

Hans-Willi Körftges (SPD) bekundete Sympathie und Zustimmung zum Antrag der Grünen und Ablehnung der Koalitions-Entschließung. Auch er forderte die rückhaltlose Verpflichtung zur verabredeten Entlastung der Kommunen um



Horst Becker (GRÜNE)

Rainer Lux (CDU)

Hans-Willi Körftges (SPD)

Horst Engel (FDP)

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU)

Fotos: Schälte

2,5 Milliarden Euro netto jährlich. Seine Zustimmung fand auch die Berechnung, dass der Bundesanteil an den Unterkunftskosten auf 4,1 Milliarden steigen müsse, wenn es bei der verabredeten Entlastung der Kommunen bleiben soll. Hier biete sich für den Landtag die

Chance, „die Position des Landes Nordrhein-Westfalen zumindest im unstrittigen Teil deutlich zu machen und damit auch ein verlässliches Signal der Kommunalfreundlichkeit des Landtags in die laufenden Verhandlungen zu senden“.

Horst Engel (FDP) blickte zurück: Es wäre bei der befürworteten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – wie von seiner Partei vorgeschlagen – besser gewesen, „die Verantwortung der Kommunen flächendeckend und nicht nur in den 69 Optionskommunen, von denen sich allein zehn in Nordrhein-Westfalen befinden“, anzusiedeln. So hätte man Doppelstrukturen von Arbeitsämtern einerseits und Sozialämtern andererseits abbauen können. Wohl weil die Kosten fürs Arbeitslosengeld II nicht wie geschätzt knapp 15 Milliarden, sondern beinahe das Doppelte erreicht haben, wolle der Bund seine Beteiligung an den Kosten für Unterbringung und Heizung auf null reduzieren. Engel: „Das ist ein Beutezug per Berliner Kabinettsbeschluss.“ Der endgültige Bankrott der Städte und Gemeinden wäre absehbar.

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) erklärte: „Die dauerhafte Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden Euro ist und bleibt eines der vorrangigen Ziele der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die Landesregierung wird keine Festlegung treffen und keinem Gesetz im Bundesrat zustimmen, mit dem diese Geschäftsgrundlage verlassen wird.“ Er gehe davon aus, dass sich die neue Bundesregierung sehr schnell in Verhandlungen mit den Ländern und Kommunen „auf ein faires Verfahren verständigt“. Mittelfristig müsse es dazu kommen, die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in die Hände der Kreise und der kreisfreien Städte zu legen. Das aber setze eine abgesicherte Finanzierung voraus, die zurzeit ohne eine Verfassungsänderung nicht zu realisieren sei, betonte Laumann.

Chemieindustrie atmet auf

Landtag zieht Schlußstrich nach jahrelanger Diskussion über „REACH“

Bereits seit 2001 diskutiert das nordrhein-westfälische Landesparlament über die neue Chemikalienverordnung auf europäischer Ebene, bekannt unter dem Kürzel „REACH“. Es steht für Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien. Mittlerweile treten die Beratungen über die Chemikalienverordnung auf europäischer Ebene in die Endphase. Bevor das Europäische Parlament abschließend darüber entscheidet, hat der Landtag NRW Anfang November einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP mit dem Titel „Für eine praktikable neue EU-Chemikalienpolitik – Interessen von Beschäftigten, Verbrauchern, Umwelt und Unternehmen wahren“ (Drs. 14/610) verabschiedet – trotz vehementer Ablehnung der Grünen.

Foto: Schälte

Karl Kress (CDU) betonte die fundamentale Bedeutung der EU-Chemikalienpolitik für die Zukunft der chemischen Industrie in NRW und damit für landesweit 110 Firmen mit insgesamt rund 350.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: „Sie erwarten, dass das Bewertungssystem REACH umsetzbar gestaltet und nicht zu einem Jobkiller wird.“ Ziel des vorgelegten Antrags sei es daher, „den Gesundheits- und Umweltschutz in der EU durch REACH zu verbessern, ohne dass die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in unserem Lande gefährdet wird“. Dabei gehe es vor allem darum, die Anforderungen an Registrierung, Bewertung und Autorisierung so praktikabel auszugestalten, dass sie auch von kleinen und mittleren Unternehmen erfüllt werden können. In Anbetracht der Wichtigkeit der Aufgabe begrüßte er nachdrücklich, dass der vorliegende Antrag von drei Landtagsfraktionen getragen wird.

Wolfram Kuschke (SPD) zeigte sich enttäuscht darüber, dass dieser Antrag nicht ein Gemeinschaftsprodukt aller vier Fraktionen sei. „Ich glaube, dass im Unterausschuss und auch von den Experten die Belange der Verbraucherinnen und Verbraucher und die Belange des Umweltschutzes sehr gewürdigt worden sind. Sie sind nicht unter den Tisch gefallen, sondern

finden sich in dem hier von uns gemeinsam vorgelegten Antrag wieder.“ Kuschke lud die Grünen dazu ein, dem Antrag doch noch ihre Zustimmung zu erteilen. Insgesamt äußerte er sich zuversichtlich, „dass der Antrag ein sehr deutliches Signal sein wird, das seine Wirkung in Brüssel nicht verfehlt“.

Holger Ellerbrock (FDP) übte harsche Kritik an dem grünen Abgeordneten Rimmel und warf ihm „geistige Brandstiftung vor“: Dieser habe als Reaktion auf den Antrag in einer Pressemitteilung den Vorwurf erhoben, CDU, SPD und FDP machten Menschen zu „chemischen Endlagern“ und unterstützten die „Chemielobby“. Ellerbrock: „Herr Rimmel, Sie tun hier etwas, was ich bei den Grünen wirklich verachte: Sie betreiben Politik mit der Angst der Menschen. Das finde ich schlimm und das können wir so nicht hinnehmen.“ Der Antrag sei in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften, den Arbeitnehmervertretern und dem Verband der Chemischen Industrie entstanden. „Wir stehen Wort für Wort zu dem, was in dem Antrag steht.“ Ein Ja zu REACH bedeute auch ein Ja zum Schutz von Mensch und Umwelt, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen chemischen Industrie im globalisierten Wettbewerb und zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) forderte nochmals mit Nachdruck, dass die Chemikalienrichtlinie der EU in der von CDU, SPD und FDP geforderten Form nicht „aufgeweicht“ werden dürfe. Diese Forderung werde von Medizinern aus ganz Europa mitgetragen. „Ich nehme das Petitum von Kinderärzten, Krebspezialisten und der Bundesärztekammer sehr ernst, die darauf hinweisen, dass die Krebsraten in den letzten Jahren dadurch gestiegen sind, dass vermehrt Umwelteinflüsse die Gesundheit schädigen und insbesondere Chemikalien dazu beitragen, dass die Mortalität und die Zahl gewisser Krankheiten ansteigen.“ Die übrigen Fraktionen hätten mit ihrem Antrag deutlich gemacht, dass sie der chemischen Großindustrie Prioritäten einräumen. Rimmel: „Das finde ich bedauerlich. Unsere Prioritäten jedenfalls sind bei den Menschen. Und deshalb lehnen wir den Antrag ab.“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) kritisierte die unbewegliche Haltung der Grünen, die ursprünglich entworfene Richtlinie dürfe keinerlei Veränderungen oder Aufweichungen erfahren. „Der Entwurf einer Richtlinie muss doch wohl auf Praxistauglichkeit und Wahrscheinlichkeit, dass man die angestrebten Ziele erreicht, überprüft werden dürfen“, so die Ministerin. „Wir begrüßen also, dass der Landtag die Position der Landesregierung unterstützt und verwahren uns gegen die Aussage, wir sprächen uns damit gegen Umwelt- und Verbraucherinteressen aus.“

Voller Energie in die Zukunft

Neben die Kohle treten andere Energieträger in die Stromerzeugung

Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nr. 1 in Deutschland. Hier sind zwei der größten deutschen Energiekonzerne angesiedelt; hier wird der meiste Strom produziert. Das Land setzt hoch entwickelte Energietechniken ein und verfügt über moderne Kraftwerke. Damit das so bleibt, muss weiterhin geforscht und investiert werden.



Das gilt nicht nur für große Unternehmen, denn aufgrund der steigenden Strompreise wird der Kraftwerksbau zunehmend auch für kleinere Anbieter rentabel. Ein Konsortium von rund 20 Stadtwerken und die Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (EWMR) will bis 2011 ein neues Steinkohlekraftwerk bauen; Beginn ist 2007. Der Standort steht noch nicht fest. Durch den Neubau des Kraftwerks will das Konsortium mit den großen Energiekonzernen konkurrieren und den Kunden stabile Preise sichern.

Im Gegenzug hat der Energiekonzern RWE den Bau eines neuen Steinkohlekraftwerkes in Hamm-Uentrop angekündigt. Investitionshöhe: 1,3 Milliarden Euro. Mit diesen beiden Projekten erhöhen sich die Gesamtinvestitionen in Ausbau und Erneuerung des nordrhein-westfälischen Kraftwerksparks auf mehr als 7,3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2012.

Die nordrhein-westfälischen Konzerne RWE und EON mit ihren Hauptsitzen in Essen und Düsseldorf gehören zu den vier größten Energiekonzernen auf dem deutschen Markt. Der Strom- und Gasanbieter EON machte dabei mit einem Umsatz von gut 49 Milliarden Euro und rund 70.000 Mitarbeitern im Jahr 2004 einen Gewinn nach Steuern von 4,3 Milliarden Euro. Mit seiner Konzerntochter Ruhrgas deckte er über 60 Prozent des deutschen Erdgasbedarfs ab.

FERNWÄRME

STEAG, das fünftgrößte Energieunternehmen und zweitgrößter Steinkohleverstärker in Deutschland, hat wie der Mutterkonzern RAG seinen Sitz in Essen und betreibt sechs Kraftwerke in NRW: Voerde, Duisburg-Walsum, Herne, Lünen, Bergkamen und Köln-Godorf. Im Heizkraftwerk Herne wird aus Steinkohle nicht nur Strom, sondern auch Fernwärme erzeugt. Jährlich werden zwei Millionen Tonnen Steinkohle eingesetzt, die 52 Milliarden Kilowattstunden Strom und 800 Millionen Kilowattstunden Fernwärme erzeugen. Bei der RAG sind von den insgesamt fast 104.000 Beschäftigten rund 52 Prozent in den Bereichen Energie und Bergbau tätig. Die Deutsche Steinkohle AG als RAG-Tochter im Bereich des natio-

nen Bergbaus tätig, zählt acht Bergwerke und eine Kokerei in NRW.

EXPORT

Deutsche Bergbautechnik liefert weltweit einen Beitrag zur sicheren Steinkohlegewinnung. Allein im Bereich des untertägigen Bergbaus halten die deutschen Bergbauzulieferer einen Weltmarktanteil von 30 Prozent. Insgesamt hat die deutsche Bergbauzulieferindustrie etwa 16 Prozent Weltmarktanteil. Hinter diesen Erfolgen stehen insbesondere mittelständische Unternehmen, von denen rund 80 Prozent in Nordrhein-Westfalen ansässig sind. Die etwa 120 deutschen Bergbaumaschinenhersteller sichern damit direkt 16.000 Arbeitsplätze in Deutschland, obwohl der Inlandsmarkt seit Jahren schrumpft. Über 1,3 Milliarden Euro, das sind mehr als zwei Drittel des Gesamtumsatzes, kommen aus dem Export.

Effiziente und umweltschonende Kraftwerkstechnik hat Zukunft. Unter der Federführung des Verbandes der Kraftwerksbetreiber, VGB PowerTec Essen, wird in einem europaweiten Verbund von Betreibern und Entwicklern eine Komponententestanlage in Gelsenkirchen-Scholven realisiert. Durch dieses Projekt sollen die Energieausbeute verbessert, die CO₂-Emissionen vermindert und gleichzeitig die Spitzenposition Nordrhein-Westfalens auf dem Weltmarkt für Kraftwerkstechnologie gestärkt werden.

Kohlevorkommen gehören ebenso zu den heimischen Energieträgern wie Grubengas, Wasser- und Windkraft, Biomasse und Sonnenenergie. Kernenergie spielt bei der nordrhein-westfälischen Stromproduktion keine Rolle. Atomkraftwerke gibt es in NRW nach der Stilllegung des AKW in Würgassen nicht mehr. Bei regenerativen Energiequellen gehört NRW zur internationalen Spitze: In rund 2.600 Firmen arbeiteten 2004 etwa 15.000 Beschäftigte an der Entwicklung und dem Einsatz von Photovoltaik, Windenergie-Anlagen oder Brennstoffzellen und erzielten dabei einen Umsatz von 3,5 Milliarden Euro. Bei jährlichen Zuwachsraten der erneuerbaren Energien von bis zu 20 Prozent in Europa, kann und will NRW diese Techniken auch exportieren.

In NRW drehen sich aktuell mehr als 2.300 Windenergieanlagen. Der Weltmarktanteil der nordrhein-westfälischen Windenergiebranche beträgt rund 50 Prozent, die Exportquote liegt bei 60 Prozent. Auch bei der Entwicklung von Brennstoffzellen nimmt NRW eine Spitzenposition ein. Die jährliche Stromproduktion aller in NRW tätigen Grubengasunternehmen wird ab 2005 rund eine Milliarde Kilowattstunden betragen. Damit können 250.000 Haushalte versorgt werden. Ein möglicher Interessent im Bereich des Grubengasanlagebaus wäre China.

Aber auch im Energieland NRW kann die Energienutzung noch verbessert werden, zum Beispiel im Bereich Erdwärme. Wärmepumpenheizungen, die bis zu 75 Prozent der benötigten Energie aus der Umwelt beziehen und deshalb die Heizkosten um mehr als die Hälfte senken, könnten verstärkt genutzt werden. In der Schweiz werden rund 40 Prozent aller Neubauten mit Wärmepumpen ausgestattet, in NRW sind es nur zwei Prozent. Dabei ließen sich weit über 70 Prozent der Landesfläche für die Gewinnung von Erdwärme nutzen. **WL**

Preisaufsicht

Die Erhöhung von Tarifpreisen für kleinere Kunden muss von der Strompreisufsicht im Wirtschaftsministerium genehmigt werden. Durch einen Kostenvergleich wird dabei ermittelt, ob die geltend gemachten Kosten überdurchschnittlich hoch sind. Ein solcher Fall muss durch besondere Umstände gerechtfertigt sein. Die Gaspreise werden von den Kartellbehörden kontrolliert. Anhebungen der Gaspreise brauchen aber im Gegensatz zu den Strompreisen keine vorherige Genehmigung.

Stromerzeugung

In Deutschland betrug die Brutto-Stromerzeugung im vergangenen Jahr 606,5 Milliarden Kilowattstunden. In NRW wurden davon 180,3 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert. Der größte nordrhein-westfälische Energieträger ist mit 44 Prozent die Braunkohle, dahinter die Steinkohle mit 38 Prozent. Erneuerbare Energien machen rund drei Prozent der Stromerzeugung aus.

Auf die richtige Mischung kommt es an

Interviews mit den energiepolitischen Sprechern der Fraktionen

Gestiegene Strom-, Gas- und Ölpreise machen den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht nur in NRW zu schaffen. Viele werden dieses Jahr deutlich tiefer ins Portmonnee greifen müssen als bisher. Kann die Politik hier regulierend eingreifen? Und was für Konsequenzen sind aus den steigenden Rohstoffpreisen zu ziehen? Muss das „Energierland NRW“ umdenken? „Landtag intern“ sprach darüber mit Dr. Wilhelm Droste (CDU), Uwe Leuchtenberg (SPD), Reiner Priggen (GRÜNE) und Dietmar Brockes (FDP).

An der Gesamtstromerzeugung in Deutschland sind nordrhein-westfälische Kraftwerke zu mehr als einem Viertel beteiligt. Bleibt NRW Energiestandort Nr. 1 in Deutschland?

Dr. Droste: Die Bedeutung des Produktionsfaktors Energie ist in den letzten Monaten erst durch die



Dr. Wilhelm Droste (CDU)

steigenden Energiepreise verstärkt in das öffentliche Interesse gerückt. Hier wurde deutlich, wie viele Arbeitsplätze davon direkt betroffen sind. Eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Versorgung ist die elementare Voraussetzung einer modernen und leistungsfähigen Volkswirtschaft. Wir haben daher in den Berliner Koalitionsverhandlungen ein neues Energiekonzept eingefordert. Dieses muss nicht nur eine wirtschaftliche, umweltverträgliche und sichere Energieversorgung gewährleisten, sondern auch eine Richtschnur ohne ideologische Scheuklappen für die Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte sein.

Leuchtenberg: Wir werden zumindest alles dafür tun, damit das so bleibt. Dafür müssen wir jedoch neue Schwerpunkte setzen. Der

Energiestandort NRW definiert sich ja nicht nur über Kohleförderung und Stromerzeugung. Insbesondere die Forschung und Entwicklung von neuen Technologien muss in diesem Bereich weiter ausgebaut werden. Stichwort Geothermie oder Windenergie. Das sind nur zwei Beispiele aus der umfangreichen Palette der regenerativen Energien. Hier muss NRW eine Vorreiterrolle einnehmen. Dahinter verbirgt sich ein großes Potential für den Wirtschaftsstandort NRW und das wiederum bedeutet Arbeitsplätze.

Priggen: Ich gehe davon aus, dass das so bleibt. Momentan werden hierzulande eine Reihe neuer Gas- und Steinkohlekraftwerke gebaut. Die Kraftwerkstandorte der STEAG AG werden derzeit wie Schätze gehandelt. Das heißt, es gibt ein großes Interesse von Investoren, die gerne an STEAG-Standorten bauen wollen. Erfreulicherweise konnten neben den bekannten Großkonzernen endlich auch einmal neue Erzeuger wie in Hürth und Hamm Fuß fassen. Wir werden also nicht nur den Altbestand halten, sondern es wird zusätzlich neue Kraftwerke geben. Insofern gehe ich davon aus, dass NRW zumindest bei der konventionelle Energieerzeugung die Nr. 1 bleiben wird.

Brockes: FDP und CDU werden die Position Nordrhein-Westfalens als Energiestandort Nr. 1 in Deutschland weiter ausbauen. Dazu werden wir der Energiewirtschaft, der Industrie und den Verbrauchern verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen geben. Wir setzen auf einen breiten Energiemix aus Braun- und Steinkohle, Kernenergie, Erdgas und erneuerbaren Energien. Die Vielfalt muss erhalten und unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu einem ausgewogenen und mit Blick auf Arbeitsplätze verantwortbaren Mix zusammengeführt werden. Der Energiemix der Zukunft muss sich im

Wettbewerb der Energieträger herausbilden. Mit der einseitigen, ideologisch motivierten Bevorzugung einzelner Energieträger wie bei Rot-Grün wollen wir Schluss machen.

Die Energiepreise explodieren. Wie wird der Bedarf an neuen effizienten Kraftwerken gestillt und gehen damit auch die Preise für die Verbraucher herunter?

Dr. Droste: Bei der Fortschreibung des nationalen Allokationsplans 2 werden wir uns dafür einsetzen, dass Anreize zum Bau effizienter Kraftwerke erhalten bleiben. Der gestiegene Ölpreis, durch den sich auch die Preise von anderen Energieträgern wie Erdgas verteuern, resultiert aus einer rapide ansteigenden Nachfrage bei gleichzeitiger Verknappung der Ressourcen. Hier müssen durch Effizienzsteigerung neue Wege gefunden werden. Das kann der wirtschaftliche Einsatz von Energieeffizienztechnologien oder auch eine Optimierung des Einkaufs sein. Gleichzeitig setzen wir auf mehr Wettbewerb. In Bezug auf Kontrolle, Preisfestlegung der Netzentgelte und Entflechtung der Netze werden die Regulierungsbehörden das Energiewirtschaftsrecht konsequent anwenden. Auch dies wird zur Entlastung beitragen.

Leuchtenberg: Durch die Senkung der Netznutzungsgebühren, durch Preiskontrolle und



Uwe Leuchtenberg (SPD)

gegebenenfalls sogar durch Eingriffe der Landeskartellbehörde wird aus meiner Sicht der Energiepreis pro Kilowattstunde kurzfristig zunächst leicht sinken. Jedoch wohl nicht in dem Maße, wie es sich der Verbraucher wünschen würde. Auf längere Sicht ist hingegen davon auszugehen, dass sich die Energiepreise auf hohem Niveau einpendeln. Umso wichtiger wird es sein, die oftmals im Verborgenen schlummernden Einsparpotenziale in den privaten Haushalten stärker zu nutzen. So lässt sich der Anteil der Energiekosten an den Gesamtausgaben eines Haushalts durch eine

vernünftige Wärmedämmung und durch intelligentes Heizverhalten deutlich senken. In Zukunft sollte es primär um die Frage gehen, wie sich der Energieverbrauch senken lässt, statt darum, wie sich die Energiepreise senken lassen. Energie bleibt ein knappes und damit teures Gut.

Priggen: Solange die Politik zulässt, dass die großen Energieversorger ihren Raubzug durch die Portmonees der Endverbraucher fortführen, wird nichts billiger werden. Basierend auf ihrer Monopolstellung fahren die großen Energieversorger völlig überzogene Gewinne ein. Wir brauchen endlich eine wirksame Strompreisaufsicht. Die Politik muss für Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt sorgen. Den haben wir in NRW bislang nicht. Der SPD mangelte es in der Vergangenheit am Willen, weil dieser unseelige Filz von Gewerkschaften und RWE Teil ihrer Politik war. Und dass die neue Landesregierung den Mut hat und die



Reiner Priggen (GRÜNE)

Situation ändert, halte ich für fraglich. Im Zweifelsfall wird Frau Thoben eher über Windräder lamentieren, als RWE oder EON einer wirksamen Preisaufsicht zu unterziehen.

Brockes: NRW ist nicht nur bei der Stromerzeugung an der Spitze, sondern zugleich bei der Entwicklung von modernster Energietechnologie weltweit führend. Effiziente Energieumwandlung in modernen Kraftwerken mit hohen Wirkungsgraden ist das zentrale Thema des Energiewirtschaftsstandortes NRW. Zur Modernisierung des Kraftwerksparks haben die Energieunternehmen des Landes Investitionen von über sieben Milliarden Euro bis zum Jahr 2012 angekündigt. Tausende von Arbeitsplätzen werden dadurch dauerhaft gesichert oder entstehen neu und führen zugleich zu

einer erheblichen Minderung der CO₂-Emissionen. Mit effizienteren Kraftwerken und mehr Wettbewerb im Strommarkt ist natürlich auch die Erwartung verbunden, dass die Energiepreise sinken werden. Neben den Energieunternehmen ist hier insbesondere die neue Bundesregierung gefordert, da der Staatsanteil an der Stromrechnung unter Rot-Grün auf 40 Prozent verdoppelt wurde.

Braun- und Steinkohle sind die wesentlichen Primärenergieträger in Deutschland. Das gilt auch für NRW. Wird das so bleiben?

Dr. Droste: Ziel in der Energiepolitik, insbesondere in der Stromerzeugung, muss weiterhin ein Energiemix sein. Durch die Endlichkeit fossiler Energieträger macht es keinen Sinn, sich auf einen Bereich zu fokussieren. Wir wollen den subventionierten Bergbau auslaufen lassen. Nach Abwägung der energiewirtschaftlichen Ziele, der finanziellen Situation der Haushalte, aber auch der Belange der Betroffenen ist dies unausweichlich. Die frei werdenden Mittel müssen gezielt in den Strukturwandel und in zukunftsfähige Wirtschaftszweige investiert werden. Umstrukturierungen sollen dazu führen, dass die heimische Steinkohle schrittweise durch Importkohle ersetzt wird. Die Entscheidung für einen Subventionsabbau bei der Steinkohle ist jedoch keine Entscheidung gegen die Bergbau- oder Kraftwerkstechnik. Wir werden daher die Anstrengungen der Bergbauunternehmen, auf Auslandsmärkten verstärkt aufzutreten, auch weiterhin unterstützen.

Leuchtenberg: Zweifellos wird NRW bei den regenerativen Energien deutlich zulegen müssen. Nichtsdestotrotz werden Braun- und Steinkohle über Jahrzehnte die Primärenergien bleiben. Wir haben im Land eine ganze Reihe von modernen und optimierten Stein- aber auch Braunkohlekraftwerken, die erst kürzlich in Betrieb gegangen sind oder noch gehen werden. Bei der Förderung der heimischen Steinkohle werden wir jedoch in den nächsten Jahren leider Rückschritte machen. Meine Sorge ist, dass sich die von der neuen Landesregierung geforderte Absenkung der Fördermengen nicht sozialverträglich realisieren lässt. Das hätten wir Sozialdemokraten gerne anders gesehen.

Priggen: Steinkohle wird weiterhin eine Rolle spielen, aber zunehmend Import-Steinkohle. An die Clement'schen Mythen von der notwendigen Förderung der Steinkohle in NRW

glaubt heute kein Mensch mehr. Man muss sich immer wieder vor Augen führen, dass das Land jährlich knapp 700 Millionen Euro für die Steinkohle ausgibt. Die Wirtschaftsministerin Thoben gibt für knapp 35.000 Bergleute die Hälfte ihres Etats aus. Mit der anderen Hälfte muss sie die Förderung von einer Million Arbeitslosen gewährleisten. Das kann nicht funktionieren. Was die Braunkohle betrifft: Hier reichen die genehmigten Tagebaue noch circa 40 Jahre. Die Perspektive der Braunkohle ist aber auch allein schon aus Klimaschutzgründen begrenzt. Schließlich stehen die vier dreckigsten Kraftwerke Europas in NRW rund um die Tagebaue. Wenn wir eine zukunftsorientierte Perspektive haben wollen, wird sich das Land künftig sehr viel stärker auf den Ausbau erneuerbarer Energien konzentrieren müssen.

Brockes: Braun- und Steinkohle bildet das Rückgrat der Energieversorgung in Deutschland. 85 Prozent der Stromerzeugung und 43 Prozent des Primärenergieverbrauchs in NRW entfallen auf diese beiden Energieträger. Die heimische Braunkohle ist aufgrund der günstigen Abbaubedingungen international wettbewerbsfähig und ermöglicht eine subventionsfreie und kostengünstige Stromerzeugung. Die deutsche Steinkohle hingegen ist wegen der ungünstigen geologischen Bedingungen nicht wett-



Dietmar Brockes (FDP)

Fotos: Schälte

bewerbsfähig. Nur aufgrund gewaltiger Subventionszahlungen wird sie zur Verstromung eingesetzt. Importkohle ist dagegen langfristig weltweit verfügbar und zu rund einem Drittel des Preises erhältlich. Wir müssen also die heimische Steinkohle durch günstigere Importkohle ersetzen.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Krimineller Handel mit „Fleischmüll“

Lebensmittelkandal als heiß diskutiertes Thema im Ausschuss

Aus den Fleischskandalen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zieht Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) eine ganze Reihe von Konsequenzen. Eine davon: Es gibt künftig verstärkte Kontrollen in nordrhein-westfälischen Kühllhäusern, wobei der Schwerpunkt auf länger lagerndes Fleisch gelegt wird. Bekanntlich waren bei einer Routinekontrolle in Gelsenkirchen Tonnen von Fleisch gefunden worden, dessen Haltbarkeitsdatum überschritten war. Dieses Fleisch hätte allenfalls als Tierfutter, aber nicht – wie geschehen – für den menschlichen Verzehr verwendet werden dürfen.

Großes Medieninteresse für den Bericht des Ministers im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU): Die Zuhörer waren gespannt, wie der Minister den ersten Fleischskandal in seiner kurzen Amtszeit bewertet. Die Grünen und die Ausschussvorsitzende wollten in den von ihnen beantragten Aktuellen Viertelstunden wissen, wie überlagertes Putenfleisch in Döner, Würstchen und Nuggets wandern konnte und welche Folgerungen er daraus zu ziehen gedenkt.

Uhlenberg stand Rede und Antwort – wenn auch die Opposition nicht mit jedem der Ministerworte einverstanden war. Er betonte ausdrücklich, dass der jüngste Fleischskandal, in den ein Gelsenkirchener Händler verwickelt war (der Minister drückte sein Erstaunen über den Umstand aus, dass diese Firma von einem Hotelzimmer aus geleitet wurde), von den zuständigen Behörden aufgedeckt worden war: Das zeige doch die Wirksamkeit der nordrhein-westfälischen Lebensmittelüberwachung. Aber, so Uhlenberg: „Wir wollen und müssen die Lebensmittelkontrolle in Nordrhein-Westfalen noch effizienter gestalten.“

Dazu plane er, gegebenenfalls die große, von der Landesregierung geplante Verwaltungsstrukturreform

nicht abzuwarten, sondern für den Bereich der Lebensmittelkontrolle vorzuziehen. Neben organisatorischen Veränderungen, darunter auch ein optimierter Informationsfluss zwischen dem Ministerium, den nachgeordneten Behörden und der Justiz, müsse die Datenlage über Warenströme besser werden, um schneller reagieren und den Weg der risikoorientierten Kontrollen intensivieren zu können. Auch wenn man nie gegen kriminelle Energie gefeit sei, müsse alles getan werden, um schwarzen Schafen das Handwerk zu legen – nicht zuletzt auch durch eine Verschärfung der Strafen bei Verstößen gegen das Lebensmittel- und Tierfuttergesetz: Der dort vorgesehene Rahmen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren sei zu überprüfen.

INFORMATIONSPOLITIK

„Der Schutz der Verbraucher hat für mich absolute Priorität“, meinte der Minister. Er werde sich nicht scheuen, auch künftig die Informationen des Ministeriums zeitnah zu veröffentlichen, um auf diese Weise die Ver-

braucherinnen und Verbraucher vor kriminellen Händlern zu schützen. Namen würden auch genannt – in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft „und wenn es 100-prozentig sicher ist“, wie er anfügte.

Welche Interessen der Minister eigentlich vertrete, wollte da Johannes Rimmel (GRÜNE) in der Sitzung wissen: Die der Verbraucher oder die der Landwirte und der Wirtschaft? Er, Rimmel, wolle eine breite Information der Verbraucher schon bei Verdacht. Es müsse mehr Transparenz geben, am besten durch ein Verbraucherinformationsgesetz, das die Union aber blockiere.

Svenja Schulze (SPD) wünschte ebenfalls mehr Transparenz und Sicherheit für die Verbraucher: Wer könne wissen, wie viel von dem beanstandeten Fleisch noch in Tiefkühltruhen in Haushalten liege? Ob es nur die Spitze des Eisbergs sei oder ob es regelrecht einen Markt für den Handel mit abgelaufenem Fleisch gebe?

Friedhelm Ortgies (CDU) fand die Dokumentation der Warenströme im Handel stark verbesserungsbedürftig. Jeder noch so kleine Landwirt müsse hieb- und stichfest den Weg eines Tieres von der Geburt bis zum Schlachthof dokumentieren, „wenn aber Fleisch in den Handel kommt, geht es drunter und drüber“. Der Verbraucher müsse sich überlegen, ob die Devise „billig, billig“ beim Fleischkauf nicht auch zu dem führe, was jetzt zu beklagen sei. Er nahm den Minister gegen die Vorwürfe der Grünen in Schutz: Die setzten nicht die Verursacher auf die Anklagebank, sondern schlugen auf den Minister ein.

„Wer Fleischmüll in den Verkehr bringt, handelt kriminell“ – daran ließ Horst Ellerbrock (FDP) keinen Zweifel und erinnerte dabei an die Eigenverantwortung von Handel und Herstellung. Aber es sei populistisch, Namen schon bei Verdacht zu fordern: Man lebe schließlich in einem Rechtsstaat, und da gelte die Unschuldsvermutung. In seinen Augen sei es

„geistige Brandstiftung“, mit den Fingern auf einen Minister zu zeigen, der erst 150 Tage im Amt ist. JK

Im Kreuzfeuer der Kameralinsen und Mikrofone: Das Fernsehen war an der Berichterstattung aus der Ausschusssitzung sehr interessiert. Foto: Schälte

Politik und ihre Handlungsfähigkeit

Heftige Debatte über den Zweiten Nachtrag zum Haushalt 2005

Bei der Konsolidierung des Haushalts gehe es darum, mittel- und langfristig die Handlungsfähigkeit von Politik sicherzustellen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. „Den Reichen geht es überall gut. Unter einem schwachen Staat leiden als erste die sozial Schwachen.“ Diese Worte schrieb Dr. Siegfried Luther, Finanzvorstand der Bertelsmann AG und Mitglied der „Rüttgers-Kommission“, den Abgeordneten des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitz Anke Brunn, SPD) ins Stammbuch. Wie die diese Handlungsfähigkeit erhalten oder wieder erlangen können und welche Rolle der Nachtragshaushalt 2005 dabei spielt, damit beschäftigen sich die Fachpolitiker letzte Woche in einer ganztägigen Doppelsitzung.

Zunächst schlug in der Sitzung die Stunde der Wirtschaftspraktiker. Neben Luther hatte Professor Dr. Michael Junker einen „schweren Brocken“ im Gepäck: Beide sehen NRW an seiner Leistungsgrenze, befürchten dauerhaft verfassungswidrige Haushalte und ein jährliches Defizit, das bis 2010 auf zehn Milliarden anwache. Acht davon könne man wieder hereinholen, so die These: zwei Milliarden durch Kürzungen bei Sachausgaben und Investitionen, weitere 2,5 durch den Abbau von Zuschüssen und insgesamt drei Milliarden im Bereich Personal.

„Das bedeutet den Abbau von 50.000 Stellen“, sagte Rüdiger Sagel (GRÜNE) und zweifelte an der Aussage, dies sei über normale Fluktuation machbar. Zumal auch Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) betonte, die Kommission habe sich hier die Sicht der Landesregierung bewusst nicht zu eigen gemacht, Bereiche wie Polizei oder Schulen von Kürzungen auszunehmen.

„Wir sind Unternehmer“, erläuterte Junker die Herangehensweise der Kommission. Die habe drei Dinge im Blick gehabt: Erstens den Bürger als Kunden, zweitens die Notwendigkeit qualifizierter und motivierter Mitarbeiter zur Steigerung der Kundenzufriedenheit und drittens die betriebswirtschaftliche Effizienz – „Kosten reduzieren heißt nicht, dass am Ende weniger dabei herauskommen muss“.

Kann man den Staat wie ein Unternehmen führen? Seitens der Opposition gab es da deutliche Zweifel. Auch wenn Ex-Minister Harald Schartau (SPD) die Idee der externen Beratung lobte. „Das Problem ist nicht die Analyse, sondern die Umsetzung“, erklärte Hans-Willi Körfges (SPD) und wies darauf hin, dass beispielsweise die Personalplanung am real existierenden Dienstrecht vorbei gehe. Ansonsten konnte er in den Vorschlägen der Experten „wenig Neues entdecken“.

„Es geht doch nicht an, dass wir ein Personalvertretungsrecht haben, das deutlich über die Regelungen in der Wirtschaft hinaus geht“, betonte Christian Weisbrich (CDU). „Verwechseln sie nicht Effizienz mit Kostendeckung“, mahnte Volkmar Klein (CDU). Sicher nehme der Staat Aufgaben wahr, die am Markt nicht kostendeckend funktionieren. „Trotzdem müssen wir das effizient machen.“ Und hier stehe NRW im Vergleich zu anderen Ländern besonders schlecht da.

Das sei sicher richtig, konterteten die Experten, die sich aber ansonsten nicht auf eine Bewertung der Vergangenheit einlassen wollten. Auch sei ihre Aufgabe nicht gewesen, Detailmaßnahmen zu planen. Vorschläge wie der, Lehrer von Bürokratie zu entlasten, die 20 Prozent ihrer Arbeitszeit in Anspruch nehmen, dienten der Illustration: „Es geht nicht um mehr Lehrer, sondern um mehr Unterricht“, verdeutlichte Junker.

Zurück aus der Zukunft hieß es dann nach der Mittagspause. Im Rahmen einer Expertenanhörung wollte die Koalition ihren Nachtragshaushalt unter die Lupe genommen

sehen. Doch damit hatte zumindest die SPD „ein Problem“. Deren Sprecherin Gisela Walsken warf der Regierung Buchungstricks und Schuldenaufblähung vor. Der Entwurf sei verfassungswidrig und somit nicht mit Experten diskutabel, daher wolle sie sich an der Anhörung nicht beteiligen.

Damit hatten sowohl kommunale Spitzenverbände wie auch Beamtenbund, Steuerwerkschaft, Bund der Steuerzahler und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) ebenfalls ihre Not. Unisono bescheinigten sie der neuen Regierung allerdings die „Alternativlosigkeit“ des Entwurfes. Außerdem wiege die hier geschaffene Haushaltstransparenz vieles auf. „Wir sind auf dem politisch-strategischen Auge nicht blind“, betonte Dr. Rainer Kambeck vom RWI. Insbesondere mit ihm und Heiner Cloesges vom Bund der Steuerzahler lieferten sich SPD und Grüne dann aber doch einen heftigen Diskurs über Detailfragen rund um „Schattenhaushalte“, Privatisierung und Steuerschätzungen. „Wir sind sehr wohl für Privatisierung, dann aber echte“, betonte Angela Freimuth (FDP). Aus der Debatte nahm Volkmar Klein (CDU) neben der Absolution für den umstrittenen Nachtrag am Ende auch die deutliche Mahnung der Experten mit, „dass wir im Haushalt 2006 mit der Gestaltung beginnen müssen“. **vo**



Im Diskurs: Dr. Siegfried Luther (r.) und Professor Dr. Michael Junker forderten im Haushalts- und Finanzausschuss von der Landespolitik mehr betriebswirtschaftliche Effizienz.

Foto: Schälte

Geld auch ohne Beratungsschein

Katholische Schwangerschaftsberatung ist künftig wieder zu fördern

In den Einrichtungen der katholischen Kirche werden schwangere Frauen beraten. Den Schein, der zur straffreien Abtreibung nötig ist, bekommen sie dort jedoch nicht. Die Ausstellung des strittigen Papiers verstoße gegen das Prinzip zum Schutz des ungeborenen Lebens, fand der Vatikan und ordnete 2000 den Ausstieg der katholischen Kirche aus der Konfliktberatung an. Ohne Schein keine Landesmittel, entschied daraufhin die damalige NRW-Regierung, und verteilte die Gelder auf andere Anbieter. Die katholische Kirche zog dagegen vor Gericht und bekam Recht. Wie wirkt sich das Urteil auf die Beratungslandschaft aus? Dieser Frage ging der Frauenausschuss (Vorsitz Elke Rühl, CDU) nach.

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in diesem Jahr müssen die katholischen Beratungsstellen nicht nur zukünftig wieder in die Förderung einbezogen werden, sondern haben auch einen rückwirkenden Anspruch auf alle beantragten Mittel seit 2000. Ausgehend vom gesetzlich festgelegten Schlüssel – das vorgeschriebene Verhältnis beträgt eine Beraterin oder einen Berater auf 40.000 Einwohner und Einwohnerinnen – besteht nach der Wiederaufnahme der katholischen Angebote ein Überangebot von 30 Planstellen.

„Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist für uns nicht nachvollziehbar“, urteilte Ulla Meurer (SPD). Wenn die katholischen Beratungsstellen keine Scheine ausstellten, dann hätten sie nach Meinung der SPD-Fraktion kein Anrecht auf Landesmittel.

STRUKTUREN

„Wie gelingt es, die katholischen Träger in die Förderung wieder aufzunehmen, ohne die Struktur zu beschädigen“, wollte Barbara Steffens (GRÜNE) von der Landesregierung

wissen. Beschreibe der Schlüssel von 1:40.000 das Verhältnis zu Beratungsstellen mit oder ohne Schein?

Dazu legte die Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Dr. Marion Gierden-Jülich, einen Entwurf vor, auf dessen Grundlage in den nächsten Monaten eine Gesetzesvorlage erarbeitet und dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt wird.

„Bei der Errechnung des Verhältnisses von 1:40.000 wird kein Unterschied zwischen jenen mit und jenen ohne Scheinvergabe gemacht. Die notwendigen Kürzungen werden aber zum Großteil zu Lasten der katholischen Träger gehen“, erklärte Gierden-Jülich.

Außerdem wird sich eines „Rechentricks“ bedient: Schlug bis dato ein beratender Arzt in seinem jeweiligen Kreis mit 33 Prozent eines Konfliktberaters im Verteilschlüssel für Fördermittel zu Buche, so werden die Ärzte nun auf 25 Prozent herunter gestuft. Denn ein Arzt, so die Meinung der Landesregierung, kann zwar medizinische Auskünfte geben, reicht jedoch in punkto psycho-sozialer Kompetenz nicht an eine speziell geschulte Schwangerschaftskonfliktberaterin oder einen Berater heran. Durch

die Herunterstufung werden die überschüssigen Stellen zum Teil ausgeglichen. Bei der rückwirkenden Zahlung sollen die Träger außerdem nur bis zur Höhe der von ihnen beantragten Mittel gefördert werden. Die ihnen darüber hinaus zustehenden Gelder kommen den anderen Trägern zugute.

NÄHE

„Das Ziel ist eine plurale und wohnortnahe Beratungsstruktur. Es gilt, den Status Quo zu erhalten und den anderen Trägern Veränderungen zu ersparen. Jeder Kreis wird mindestens über eine Beratungsstelle mit religiöser Ausrichtung und weltanschaulich neutraler Ausrichtung verfügen“, versprach Gierden-Jülich dem Ausschuss für Frauenpolitik. Grundsätzlich solle das Verhältnis von religiösen und neutralen Trägern ausgeglichen sein und diese ebenso gleichmäßig gefördert werden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bat die Landesregierung in diesem Zusammenhang darauf zu achten, die Bildung von kostspieligen Doppelstrukturen in der Trägerlandschaft zu vermeiden.

Bei den Verhandlungen über die Rückzahlungen habe sich die katholische Kirche kooperativ gezeigt, lobte die Staatssekretärin. „Eigentlich stehen ihr 24,5 Millionen Euro für die Jahre 2000 bis 2004 zu. Wir konnten die Kirche jedoch mit Verweis auf die knappen Landesmittel auf knapp 20 Millionen herunter handeln.“

„Auch ohne die Vergabe eines Scheins leisten die katholischen Beratungsstellen wichtige und gute Arbeit. Deswegen begrüßen wir es, dass sie wieder Teil der geförderten Struktur sind“, fand Ursula Monheim (CDU). Ihre Fraktion unterstütze die Pläne des Ministeriums, durch die der Schutz des ungeborenen Lebens im Sinne des Gesetzes gewährleistet werde. YV

Zur konstituierenden Sitzung trat der Unterausschuss „Bergbausicherheit“ am 9. November erstmalig zusammen. Den Vorsitz des Unterausschusses übernimmt der CDU-Abgeordnete Josef Hovenjürgen (Foto); Uwe Leuchtenberg (SPD) wurde als sein Stellvertreter bestimmt.

Foto: Schälte

Wer vergibt die Studienplätze?

Pro und contra ZVS – Experten nahmen Stellung

Jedes Jahr strömen die jungen Menschen an die nordrhein-westfälischen Hochschulen. Bewerben sich dabei mehr Studenten für ein Fach als Studienplätze zur Verfügung stehen, muss ausgewählt werden. Doch wer soll diese Auswahl in Zukunft vornehmen? Und aufgrund welcher Kriterien? Dieser Frage widmete sich der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Dr. Michael Vesper, GRÜNE) in einer Anhörung.

In Numerus Clausus (NC-) Fächern wie Medizin oder Biologie hat bisher die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) die Studenten aufgrund ihrer Abiturnoten auf die einzelnen Hochschulen verteilt. Seit 2004 gibt die siebte Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) den Hochschulen die Möglichkeit, 60 Prozent ihrer Studienanfänger selbst auszuwählen. Die Hochschulen können neben der Abiturnote zusätzliche Auswahlinstrumente wie Einzelnoten, Studierfähigkeitstests, berufliche Qualifikationen oder Auswahlgespräche heranziehen. Bisher machen jedoch die wenigsten Hochschulen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die neue Landesregierung hat sich in ihren Koalitionsvereinbarungen dafür ausgesprochen, die Studienplatzvergabe vollständig in die Hände der Hochschulen zu geben. Konsequenz: Die ZVS wird überflüssig und könnte abgeschafft werden. Dagegen richtet sich der Antrag der SPD-Landtagfraktion „Chancengleichheit muss Ziel bleiben! ZVS nicht abschaffen, sondern mit der Kompetenz aus NRW den Hochschulzugang gestalten“ (Drs. 14/14 – Neudruck).

Bei der Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss waren sich die Experten einig: Es müsse weiterhin eine zentrale Anlaufstelle für Studienbewerber geben. Welche Aufgaben die ZVS aber in Zukunft übernehmen soll, darüber gingen die Meinungen auseinander.

Für Ulf Bade, den Direktor der ZVS, würde sich der Aufwand für die Vergabe der Studienplätze insgesamt erhöhen, wenn sie nicht mehr zentral durchgeführt würde: „Bewerber müssen, wenn sie wissen, dass es nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen gibt, sich schon am Anfang des Auswahlverfahrens für eine Hochschule entscheiden.“ Als Serviceleistung könnten in Zukunft auch Einzelnoten der Bewerber an die Hochschulen geliefert werden.

Professor Ulf Pallme König (Kanzler der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) fand es wünschenswert, sich die Studierenden nach eigenen Qualifikationskriterien auswählen zu können. Eine reformierte ZVS könne dabei einen erweiterten Aufgabenbereich bekommen. Dazu „sind weitere Dienstleistungsfunktionen für Studieninteressierte und Studienbewerberinnen und -bewerber denkbar, die derzeit von den Hochschulen nicht oder nur in unzureichendem Maße bewältigt werden können“.

EFFIZIENZ

Professor Dr. Volker Ronge, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW, sah den Konflikt in der Relation zwischen Aufwand und zusätzlichem Gewinn einer hochschuleigenen Auswahl: „Warum sollten die Hochschulen diesen Part besser und effizienter machen können als die ZVS? Der entscheidende politische Veränderungsschritt ist mit der Ermöglichung dezentraler, hochschulindividueller Studienplatzvergabe getan. Die Erhöhung dieser Teilquote auf 100 Prozent verändert dann nur wenig.“

Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen in

Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Joachim Metzner, plädierte für eine gemeinsame Service-Agentur. Auswahlverfahren müssten auf die Besonderheit des Bildungsauftrages abgestimmt werden können: „So wird etwa die Fähigkeit zu anwendungsbezogenem Denken in Eignungstest eine Rolle spielen. Die ausgeprägte Berufsbildbezogenheit vieler Studiengänge wird sich auf Interviewkonzepte auswirken.“

Daniel Houben vom Landes-ASTen-Treffen Nordrhein-Westfalen sprach sich für das Abitur als Auswahlkriterium aus: „Weder Tests noch Gespräche haben höhere Prognosekraft als die Abiturnote. Wenn die Hochschulen selbst auswählen, müssten außerdem Ressourcen, die für Lehre und Forschung eingesetzt werden können, dafür aufgewendet werden.“ Dem stimmte Kurt Stiegler vom „freien Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V.“ zu: „Auswahlverfahren sind subjektiv und daher selektiv.“

In der Fragerunde wollte Dr. Michael Brinkmeier (CDU) wissen, warum der Verwaltungsaufwand von den Universitäten nicht zu leisten ist. Karl Schultheis (SPD) interessierte sich dafür, ob die Hochschulen die Berücksichtigung sozialer Aspekte rechtssicher garantieren können. Auch Bärbel Höhn (GRÜNE) legte Wert auf soziale Aspekte und stellte die Diskussion unter die Frage, wie optimale Bildungsergebnisse zu erzielen sind. Christian Lindner (FDP) erkundigte sich, ob es ein Einvernehmen der Experten darüber gebe, dass über die Abiturnote hinaus zusätzliche Kriterien die Ergebnisse verbessern könnten. **WL**



Ihr Wort war gefragt (v.l.): Dr. Ulf Bade, Direktor der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, Michael Cochu, Dezernent für Satzungsfragen und Professor Dr. Volker Ronge, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der wissenschaftlichen Hochschulen des Landes.

Fotos: Schälte

zvs info
Sommersemester 2006
Bewerbungsschluss
Montag 10. November 2005 08:00 Uhr
– Eingangstermin –

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 12. Dezember 2005 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

NRW hat seine Bemühungen zur Abwehr einer Vogelgrippe-Pandemie verstärkt. Das Landeskabinett habe beschlossen, für 30 statt bislang 15 Prozent der Bevölkerung antivirale Medikamente zu beschaffen und nehme damit bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Dies erklärte Staatssekretär Professor Dr. Stefan Winter im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Diese Menge an Grippemitteln reiche nach Ansicht der Weltgesundheitsbehörde aus, um den Zeitraum bis zur Entwicklung eines wirksamen Impfstoffs zu überbrücken, erklärte der Sprecher des Ministeriums. Damit erhöhen sich die Ausgaben des Landes für antivirale Medikamente auf insgesamt 67 Millionen Euro.



Illustration: h,m

+++

Das von der schwarz-gelben Landesregierung befürwortete „Kriminalpädagogische Schülerprojekt“ beschäftigt jetzt auch den **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Seit Anfang November fallen in Siegen 24 speziell geschulte Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren „Urteile“ über gleichaltrige Straftäter wie Ladendiebe, Mofa-Frisierer, Schläger, Schwarzfahrer oder Graffiti-Sprüher. In der Wahl der Strafen sind die Jugendlichen relativ frei: Von kleinen Geldbußen über Wiedergutmachungsleistungen bis hin zum Handy-Entzug. Haftstrafen dürfen sie jedoch nicht verhängen. Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) nannte dies eine "kluge Idee". Sie ist davon überzeugt, dass Gleichaltrige die Straffälligen eher von ihrem Unrecht überzeugen können. Schwere Straftaten seien von dem Versuch selbstverständlich ausgenommen. Die Abgeordneten begrüßten den Anlauf des Pilotprojekts, baten jedoch darum, auch künftig regelmäßig über den Verlauf informiert zu werden.

Die archäologische Entdeckung des Neanderthalers jährt sich im kommenden Jahr zum 150. Mal. Dieses Jubiläum nehmen das Rheinische Landesmuseum Bonn, das Westfälische Museum für Archäologie Herne sowie das Neanderthal Museum Mettmann zum Anlass für eine Ausstellungsreihe unter dem Titel „Neanderthaler & Co“. Das Konzept dieses Gemeinschaftsprojekts stellten jetzt Vertreter aller drei Häuser im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) vor. Da die Ausstellungen auch sehr wertvolle Exponate beherbergen sollen und daher mit hohen Versicherungskosten zu rechnen ist, hoffen die Museen auf Unterstützung vom Land – beispielsweise in Form einer Landeshaftung.

+++

Sind Jugendkrawalle wie in Frankreich auch in NRW möglich? Dieser Frage widmete sich der **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) im Rahmen einer Sondersitzung. Ein Sprecher aus dem Integrationsministerium berichtete über bereits geleistete sowie geplante Integrationsmaßnahmen der Landesregierung: Durch die erstmalige Schaffung eines Integrationsministeriums habe die Regierung deutlich gemacht, dass die Belange von Zuwanderern ernst genommen werden. Neben einer Sprachförderung ab dem vierten Lebensjahr wolle das Ministerium muslimische Gruppen dabei unterstützen, eine Vertretung der Muslime auf Landesebene zu schaffen, um den Austausch mit Parlament und Landesregierung zu verbessern. Zudem plane die Landesregierung einen regulären Religionsunterricht für muslimische Kinder in deutscher Sprache. Auch an der fraktionsübergreifenden Integrationsoffensive des Landes werde man weiter festhalten.

Rund 200 Tage vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2006 informierte das Verkehrsministerium jetzt den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) über den Stand bei der verkehrlichen Vorbereitung des Großereignisses, zu dem insgesamt 3,2 Millionen Stadionbesucher erwartet werden. Alle wichtigen Verkehrsinvestitionen für die WM seien im Bau oder bereits fertig gestellt, so der Bericht. „Es gibt keine entscheidenden Hindernisse mehr im Hinblick auf die Realisierung. Die weiteren Arbeiten laufen auf Hochtouren.“

+++

Die Landesverwaltung NRW arbeitet zurzeit an der Einführung eines neuen öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens. Ziel ist es, bis zum Jahr 2008 landesweit Produkthaushalte einzuführen. Um diesen

Prozess parlamentarisch zu begleiten, hat der **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Haushaltsrecht und Haushaltsvollzug gemeinsam zukunftsorientiert gestalten“ beschlossen. Die Ar-

beitsgruppe soll die mit der Einführung neuer Steuerungsinstrumente und des neuen Rechnungswesens verbundenen grundsätzlichen wie praktischen Fragen erörtern und Entscheidungsvorschläge unterbreiten. Ein Zwischenbericht der Arbeitsgruppe soll dem Haushalts- und Finanzausschuss bis spätestens Mitte 2007 vorgelegt werden; ein Abschlussbericht mit Auswertung der ersten Erfahrungen mit Produkthaushalten bis Ende des Jahres 2008.

+++

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Gender Budgeting“ hat der **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU) für den 8. Dezember, 10.30 Uhr, Sachverständige in den Plenarsaal eingeladen. Mit dem Begriff „Gender Budgeting“ wird international die geschlechtsdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte bezeichnet. Der konzeptionelle Ausgangspunkt von „Gender Budgeting“ ist, dass der gesamte öffentliche Haushalt und seine einzelnen Teile Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern haben.



Foto: Schälte

Streit um Staumanagement-Konzept Eigenmächtiges Wenden auf Autobahnen ist und bleibt verboten

„Verfehlte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ lautete der Vorwurf, dem sich Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) in den letzten Wochen wiederholt ausgesetzt sah. Was war geschehen? Ende September hatte Wolf auf einer Pressekonferenz das Konzept „Staumanagement der Autobahnpolizei NRW“ vorgestellt. Als eine der möglichen Maßnahmen nennt der Leitfaden das „Rückführen des gestauten Verkehrs zur letzten (Autobahn-)Anschlussstelle“. Obwohl es sich hierbei um eine in Ausnahmefällen bereits seit Jahren gängige und nur unter Anleitung der Autobahnpolizei zulässige Praxis handelt, hatten Medienberichte einige Autofahrer offensichtlich dazu ermutigt, bei Verkehrsstaus eigenmächtig auf der Autobahn zu wenden. Über die Frage, ob ein Fehlverhalten des Innenministers vorliege, diskutierte jetzt der Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Rökens, SPD).

Ein Zusammenhang zwischen der Pressemitteilung des Innenministeriums und einem zeitnahen Zwischenfall auf der A 31 bei Münster, bei dem gleich mehrere Autofahrer eigenmächtig an einem Stauende wendeten und als Geisterfahrer zur letzten Ausfahrt zurückfahren, bezeichnete Wolfgang Blindenbacher, Leitender Polizeidirektor beim Innenministerium, als „rein spekulativ“. Das unerlaubte Wenden oder Rückwärtsfahren auf Bundesautobahnen sei leider kein neues Phänomen. Von 1999 bis 2005 habe die Autobahnpolizei bei insgesamt rund 600 Verkehrsunfällen unerlaubtes Wenden als Ursache registrieren müssen.

Zudem greife das Staumanagement-Konzept Ideen eines bereits im Jahre 1999 veröffentlichten Aktionsprogramms des damaligen Bundesverkehrsministeriums auf. Auf dieser Basis habe eine Arbeitsgruppe der NRW-Autobahnpolizeien im Jahre 2000 ein verkehrspolitisches Konzept erstellt. Nach einer weiteren Überarbeitung im vergangenen Jahr wurde das Konzept schließlich Ende September 2005 per Erlass des Innenministeriums offiziell eingeführt, so Blindenbacher.

Eine der vier Kernbotschaften des Konzepts laute „Stau auflösen, wenn unzumutbar lange Wartezeiten zu erwarten sind“. Die Feststellung, was als „unzumutbare Wartezeit“ angesehen werden muss, liege dabei in der Entscheidungskompetenz der Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei vor Ort. Dementsprechend habe Minister Wolf auf der Pressekonferenz am 25. September auch ausschließlich von „Rückführung der Fahrzeugführer auf Veranlassung und unter Aufsicht der Polizei“ gesprochen.

Deutliche Kritik hagelte es von Seiten der Grünen. Oliver Keymis sprach von einem „ministerialen Fehlverhalten“. Der Innenminister habe mit seinen „laxen“ Äußerungen für Verwirrung bei den Autofahrern gesorgt und Menschenleben gefährdet. Aus Gründen der Publicity habe Wolf ein im Grunde genommen altes Konzept als Neuheit ausgegeben. Der Innenminister, so Keymis weiter, solle sich künftig in Zurückhaltung üben, statt erneut als „verkehrspolitischer Geisterfahrer“ aufzutreten.

Für einen besseren Informationsfluss zwischen Landesregierung und Parlament sprach sich Bodo Wißen, verkehrspolitischer Sprecher der SPD, aus. „Wesentliche Verkehrsangelegenheiten sollten künftig zunächst hier im Ausschuss diskutiert werden, bevor sie an die Öffentlichkeit herausgegeben werden.“ Wenden auf Autobahnen sei an sich keine neue Idee. Neu sei hingegen gewesen, „dieses Tabuthema öffentlich zu thematisieren“.

Olaf Lehne (CDU) hingegen nahm den Innenminister in Schutz. Die unterstellte Missverständlichkeit in der Pressemitteilung des Innenministeriums zur Vorstellung des Konzepts der Autobahnpolizei sei aus seiner Sicht nicht erkennbar. Der Innenminister könne nicht für das Fehlverhalten mancher Autofahrer verantwortlich gemacht werden. Lehne: „Wenden auf Autobahnen ist verboten, das müsste jeder Autofahrer, der im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis ist, wissen.“

Insgesamt betrachtet, finde das Konzept der Autobahnpolizei „intern wie extern positive Beachtung“, so das Fazit des Sprechers aus dem

Innenministerium. Seit der offiziellen Einführung am 28. September habe die Autobahnpolizei in NRW folgende Maßnahmen zur Staureduzierung treffen können: In 244 Fällen konnten verkehrsbehindernd liegende gebliebene Fahrzeuge durch die Beamten abgeschleppt werden. In elf Staufällen wurde der gestaute Verkehr an der letzten Anschlussstelle, in zwei weiteren Fällen über Tank- und Rastanlagen sowie mittels Öffnung der Leitplanken abgeleitet. Bei acht Autobahnsperrungen schließlich durften die Verkehrsteilnehmer unter Anleitung der Polizei wenden und zur letzten Anschlussstelle vor dem Stauende zurückfahren.

ax

Sanktionsrahmen des Gesetzgebers

Eigenmächtiges Wenden oder Rückwärtsfahren auf Autobahnen wird

- ohne Gefährdung mit 150 Euro,
- mit Gefährdung mit 175 Euro und
- bei Verkehrsunfall mit 225 Euro, einem Monat Fahrverbot und vier Punkten geahndet.

In besonderen Fällen stellt das Wenden auf Autobahnen sogar eine Straftat dar.

Quelle: Innenministerium des Landes NRW

CDU

Die Chancen der Fußballweltmeisterschaft müssen für NRW genutzt werden

Mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft im kommenden Jahr fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung zu einer Auswertung der Erfahrungen im Straßenverkehr und im Öffentlichen Nahverkehr bei vergangenen Großereignissen wie dem Weltjugendtag oder dem Konföderationen-Pokal auf. „Diese Auswertung soll dazu genutzt werden, die Verkehrsinfrastruktur zu optimieren. Wir müssen die intensiven Bemühungen fortsetzen, damit NRW bei der Fußballweltmeisterschaft mit einer attraktiven und hochleistungsfähigen Infrastruktur ausgestattet ist“, erklärte Bernd Schulte, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion.

NRW bietet sich durch das Großereignis die Möglichkeit, sich weltweit im besten Licht zu präsentieren. „Straßennetz und Öffentlicher Verkehr müssen über vier Wochen lang das stabile Rückgrat der WM bilden“, sagte Schulte. Die positiven Eindrücke, welche die Gäste bei den Veranstaltungen gewinnen, dürften nicht durch Verspätungen, Staus oder verwehrte Fahrzeuge und Bahnhöfe getrübt werden. Schulte: „Der Öffentliche Verkehr muss nicht nur in der Leistungsfähigkeit sondern auch beim Qualitätsstandard optimal vorbereitet sein. Es bietet sich die Chance, Nordrhein-Westfalen als moderne Region mit attraktiver und leistungsfähiger Infrastruktur weltweit zu präsentieren. Diese Chance müssen wir nutzen.“



GRÜNE

Zentren für Kinder und Familien brauchen Mindeststandards

Die Pläne von Bundes- und Landesregierung zur Einführung von Zentren für Kinder und Familien sind grundsätzlich richtig, notwendig ist jedoch die Festlegung der Angebotsstruktur. In einem Antrag hat die Fraktion Mindeststandards und konzeptionelle Eckpunkte für Kinder- und Familienzentren definiert. Das drängendste Problem von Eltern für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind fehlende Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Sie müssen in den künftigen Familienzentren geschaffen werden. Die U 3-Betreuung spielte bislang in den Plänen der Landesregierung keine Rolle, ebenso wenig wie die gesundheitliche Früherkennung. Dabei sind Familienzentren der geeignete Ort, um Probleme wie Übergewicht oder mangelhaften Impfschutz anzugehen. Auch die Sprachförderung sowie die Vermittlung von Deutschkenntnissen für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund sollen – neben weiteren Angeboten der Familienberatung und -bildung – zum Aufgabenspektrum gehören.

Im Gegensatz zur Landesregierung sieht die Grüne Fraktion Kinder- und Familienzentren als ausreichend erprobt an und verweist auf die langjährigen Erfahrungen in einer Vielzahl von deutschen Städten – auch in NRW.

Kommunen, Träger und Einrichtungsleitungen brauchen dafür erhebliche strukturelle und finanzielle Unterstützung. Finanziert werden kann sie aus den angekündigten Bundeszuschüssen und den Einsparungen aufgrund der sinkenden Geburtenziffern. Nach Berechnungen der Fraktion werden in den nächsten Jahren aufgrund nicht mehr benötigter Kindergartenplätze jährlich mindestens 88 Millionen Euro eingespart.

Den Antrag finden Sie auf der Homepage www.gruene.landtag.nrw.de

SPD

Auf Peer Steinbrück folgt Gerd Stüttgen

Ein Tag vor seiner Vereidigung als Bundesfinanzminister hat der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück sein Mandat als SPD-Landtagsabgeordneter niedergelegt. Hannelore Kraft, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, verabschiedete Peer Steinbrück mit Wehmut und einem dicken roten Blumenstrauß. „Er hat das Land mitgeprägt und wichtige Schritte eingeleitet“, sagte Kraft.

Als Nachrücker für Peer Steinbrück erhält nun der 39-jährige



Diplom-Volkswirt Gerd Stüttgen ein Landtagsmandat im Düsseldorfer Parlament. Der gebürtige Arnberger ist mit dem Listenplatz 45 der erste Nachrücker von der SPD-Landesliste. Der Partei gehört Gerd Stüttgen bereits seit über 22 Jahren an.

Seinen Beruf übte der Verwaltungsfachmann bei der Bezirksregierung Arnberg aus.

FDP

Ellerbrock: Verbraucherschutz stärken – Kontrollen optimieren

Der Skandal um verdorbenes Fleisch aus Gelsenkirchen hat den Düsseldorfer Landtag in den vergangenen Wochen intensiv beschäftigt. Holger Ellerbrock, Verbraucherschutzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, betonte daher erneut, dass der Schutz der Verbraucher für die FDP oberste Priorität hat. Allerdings könne niemand eine hundertprozentige Sicherheit garantieren – schon gar nicht, wenn kriminelle Energie im Spiel sei. Ellerbrock lobte, dass die Lebensmittelüberwachungsbehörden in NRW sowie das Verbraucherschutzministerium beim jüngsten Fleischskandal umgehend und angemessen reagiert haben. „Nun kommt es darauf an, die Versäumnisse der Vergangenheit abzustellen und das bestehende Kontrollsystem zu optimieren.“

Die Schwächen des nordrhein-westfälischen Systems seien in den vergangenen Jahren mehrfach aufgezeigt worden. Geschehen sei jedoch so gut wie gar nichts. „Wir wollen den Verbraucherschutz substantiell fortentwickeln und die Fehler der alten rot-grünen Landesregierung beheben“, betonte Ellerbrock. Innerhalb der Verwaltungsstrukturreform werde die schwarz-gelbe Landesregierung auch die Lebensmittelüberwachung modernisieren. „Um den Verbraucherschutz zu stärken, werden wir die öffentlichen Kontrollen mit den privatwirtschaftlichen Qualitätssicherungsprogrammen wirksam kombinieren.“ Dazu sei eine enge Verzahnung der staatlichen Kontrollen mit den anerkannten privatwirtschaftlichen Qualitätssicherungsprogrammen sowie ein verstärkter Einsatz privater und zertifizierter Kontrollinstitute in Ergänzung zum staatlichen System erforderlich.



Porträt der Woche: Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Das machen die Herren selber, daß ihnen der kleine Mann feyndt wird.“ Auch nach mehr als 25 Jahren ist Sylvia Löhrmann dieser Filmtitel noch gut präsent. Der Dokumentarstreifen der Wendländischen Filmcooperative aus der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, benannt nach einem Zitat des Radikalreformers und Hauptfigur der Bauernkriege, Thomas Müntzer, zeigt den Widerstand von Landwirten gegen eine Atompolitik über die Köpfe Betroffener hinweg. Sylvia Löhrmann hat ihn sich seinerzeit als Studentin an der Ruhr-Universität Bochum angesehen und war sich fortan sicherer als je zuvor, wo sie politisch hingehört: zu den Grünen.

Die sich seinerzeit als Partei noch gar nicht formiert hatten. Deren erste Generation um Personen wie Herbert Gruhl oder Petra Kelly aber gerade mit Erfolg dabei war, über die Anti-Atompolitik, die Frauen- und die Friedensbewegung Menschen anzusprechen, die sich im bis dahin existierenden Parteienspektrum nicht wieder fanden.

In die Wiege gelegt war Sylvia Löhrmann diese politische Sozialisierung allerdings nicht. Geboren 1957 an der Essener Hafestraße, wo der Fußballverein Rot-Weiß in jenen Jahren seine größte Zeit hatte, ging sie später auf die katholische Privatschule Beatae Mariae Virginis, wo sie nach dem Willen ihres dem Zentrum nahe stehenden Vaters eine gute katholische Grundbildung erhalten sollte. Wo es ihr aber auch selbst so gut gefiel, dass sie nach dem Umzug nach

Witten-Herbode noch über fünf Jahre den langen Schulweg nach Essen in Kauf nahm.

Nach dem Lehramtsstudium in Bochum und dem Referendariat in Duisburg war für Sylvia Löhrmann die Ruhrgebietszeit 1985 zu Ende. Sie bewarb sich erfolgreich an einer Solinger Gesamtschule und vollzog mit dem Beginn einer absehbaren „Sesshaftigkeit“ nun auch den Schritt von der grünen Sympathisantin zum Eintritt und zur aktiven Mitarbeit in der Partei. In der die seit Kinderzeiten stets lernbegierige, pflichtbewusste und zielstrebige junge Frau auch rasch aufstieg: 1989 Spitzenkandidatin bei den Kommunalwahlen, „Mitschmiedin“ eines rot-grünen Bündnisses auf Kommunalebene, Engagement in der Frauen- und Gleichstellungspolitik. 1994 erneut auf Platz eins der Solinger Grünen und ein Jahr später bereits Einzug in den Landtag. Was zu diesem Zeitpunkt aber eher überraschend kam. Denn Platz 25 der Landesliste zog nur deshalb, weil die Grünen im Mai 1995 mit zehn Prozent überraschend viele Mandate errangen, Regierungspartei wurden und damit Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper als Minister nach der Grünen-Philosophie ihre Landtagsmandate für Nachrücker frei machten.

Auch im Landesparlament erwarb sich Sylvia Löhrmann rasch Respekt und Akzeptanz, nicht nur in den eigenen Reihen. 1998 setzte sie sich in einer Kampfabstimmung als Parlamentarische Geschäftsführerin durch, nach den Mai-Wahlen 2000 wurde sie Fraktionsvorsitzende. Und wendet sich seither neben ihrer Führungsaufgabe der

Fraktion auch dem Thema zu, mit dem sie mit viel Engagement, Herzblut, Leidenschaft und kämpferischem Einsatz auf der politischen Bühne spielt: der Bildungspolitik. Dass sich die Grünen in Abgrenzung zum damaligen Koalitionspartner SPD als Konsequenz aus dem Pisa-Schock als einzige politische Kraft ohne Wenn und Aber zu einem integrativen Schulmodell nach dem Beispiel der erfolgreichen skandinavischen Länder bekennen, geht nicht zuletzt auf ihre schulpolitische Meinungsführerschaft bei den Grünen zurück.

Seit Mai 2005 sind die Grünen Oppositionsfraktion. Gleichwohl steht die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann mehr denn je im Blickpunkt, hat doch die bisherige erste Garde – die beiden ehemaligen Grünen Minister Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper – andere Aufgaben übernommen. „Kritisch, konstruktiv und nicht aus Prinzip dagegen“, definiert Sylvia Löhrmann die Oppositionsrolle ihrer Fraktion. Ohne gleichzeitig ihr Fernziel aus den Augen zu verlieren, das sie so formuliert: „Wir arbeiten hart daran, nur fünf Jahre Oppositionspolitik zu machen.“

Autor:
Michael Fritsch



FCL auch in Wuppertal nicht zu stoppen

Immer besser kommt der FC Landtag NRW in Fahrt. Das bekam auch die Auswahl der Stadt Wuppertal zu spüren. Im traditionsreichen Stadion Zoo zog der FCL ein überlegtes, ruhig-routiniertes Kombinationsspiel auf, dem die Wuppertaler nicht genug entgegenzusetzen hatten. Auch der komplette Austausch des Wuppertaler Teams in Halbzeit Zwei nutzte nichts. Die evangelische Jugend Wuppertal ging zwar engagiert zu Werke, traf jedoch auf einen abgeklärten FCL, der nach der 3:0 Pausenführung nichts mehr anbrennen ließ.

David Euteneuer, neu im Tor der Parlamentsmannschaft, war alles andere als ein Ersatz. Spielertrainer Wolfgang Euteneuer erwies sich einmal mehr als Turm in der Schlacht, war immer anspielbar und schaltete sich wirkungsvoll ins Angriffsspiel ein. Sören Link räumte resolut im Mittelfeld ab, und Jürgen Unruhe zog dortselbst feine Fäden. Günter Langen, besser als Güla bekannt und wie immer auf dem rechten Flügel, schlug butterweiche Flanken vor das Wuppertaler Gehäuse und fand dort dankbare

Abnehmer. Willi Nowack und Jürgen Cosse waren je zwei Mal erfolgreich und versenkten die Kugel im Netz des Gegners. Der steuerte selbst noch ein Eigentor bei.

Der FC Landtag NRW nutzte die Begegnung, um sein schon hohes Spielniveau der letzten Wochen auf eine kulturell noch höhere Stufe zu bringen. Das Ergebnis: Drei Punkte und Fünf zu Null Tore sowie die Überweisung der Einnahmen dieses Benefiz-Spieles an die offene Jugendarbeit an sozialen Brennpunkten. Nur schade, dass sich die Saison 2005 ihrem Ende nähert.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Der Präsident des FC Landtag NRW, Günter Langen, lädt alle Mitglieder des Vereins zur diesjährigen Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 1. Dezember 2005, ab 18 Uhr in den Clubraum Westfalen ein. Neben dem Rückblick auf die abgelaufene Saison steht auch die Terminplanung für 2006 auf der Tagesordnung.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h, m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 3. bis 20. Dezember 2005

3.12.	Dr. Wilhelm Droste (CDU)	45
3.12.	Rolf Einmahl (CDU)	56
3.12.	Marc Ratajczak (CDU)	32
4.12.	Chris Bollenbach (CDU)	33
8.12.	Peter Preuß (CDU)	52
8.12.	Bernd Schulte (CDU)	56
9.12.	Michael Groschek (SPD)	49
10.12.	Ursula Monheim (CDU)	66
18.12.	Dietmar Brockes (FDP)	35
18.12.	Frank Sichau (SPD)	58
20.12.	Margret Gottschlich (SPD)	57

Hermann Heinemann (SPD), Landtagsabgeordneter von 1985 bis 1995 und NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales von 1985 bis 1992, ist am 15. November im Alter von 77 Jahren gestorben. Der gebürtige Dortmunder Heinemann trat 1951 in die SPD ein, war lange Jahre Vorsitzender und zuletzt Ehrenvorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen. Heinemann hat sich als Minister im Kampf gegen Drogensucht, für AIDS-Aufklärung, mit seinem Einsatz für das Methadon-Programm des Landes und mit seinem Engagement für den Ausbau des Herzzentrums in Bad Oeynhausen große Verdienste erworben.

Paul Arnold Nelles, Staatssekretär a.D., ist am 17. November im Alter von 82 Jahren gestorben. Der gebürtige Duisburger diente vier NRW-Arbeitsministern. Vor seinem Eintritt in die Landesregierung war der Jurist Nelles 1962 vom Rat der Stadt Bochum zum Beigeordneten berufen worden.

Glaubenszeuge

Die Auseinandersetzung Galens mit dem nationalsozialistischen Regime steht im Mittelpunkt der Ausstellung „Clemens August Kardinal von Galen“. Bis 12. Dezember wird in Fotografien, Faksimiles und erläuternden Text der Weg Galens nachgezeichnet. Die Ausstellung in der Wandelhalle des Landtags kann montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr besichtigt werden. Telefonische Anmeldung unter 0211/8842203.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 1. Dezember 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Lächeln unterm Blätterwald

Viel Spaß haben den jungen Kommunikationsdesign-Studentinnen der Fachhochschule Niederrhein Aufbau und Begleitung der Ausstellung „Lust auf Zeitung“ gemacht, die knapp drei Wochen im Landtag zu sehen war und vor kurzem zu Ende gegangen ist. Julia Weyers, Ayfer Öztürk, Ruth Michels (vorne von links) und Sabine Schweckhorst, Nina Witte und Sabine Müller (hintere Reihe von links) wollten vor allem junge Menschen und Schülerinnen und Schüler an das alte Medium Zeitung heranführen. Dass vor 400 Jahren die erste gedruckte Wochenzeitschrift erschienen ist, würdigte Landtagspräsidentin Regina van Dinter als eine Erfolgsgeschichte, und als Start zu einer beispiellosen Verbreitung von Wissen. Die Landtagspräsidentin: „Ohne Zeitung keine Aufklärung und kein Wegweiser in eine demokratische Gesellschaft.“

Foto: Schälte